

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Sozial- und Rheinlandgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion 2506-2507, Verlag: 2508-2507

Donnerstag, den 25. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 37534 - Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postkontofalle Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 70 Pfennig, Kleinanzeigen 4.- Reichsmark. Kleine Anzeigen das fertige Wort 20 Pfennig (zählbar zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellungsanzeige das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Seite 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hausbesitz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Schlußzeit um 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Beginn der Zolldebatte.

Inhaltlose Begründung der Regierung. - Scharfe Entgegnung des Gen. Wissell.

Der Andrang des Publikums zu den Reichstagstribünen betonte gestern das lebhafteste Interesse, das weite Bevölkerungskreise an dem parlamentarischen Zollkampf nehmen. In der Tat: es geht um Gedeih und Verderb der deutschen Wirtschaft, es geht um die wichtigsten Fragen der Einkommens- und Vermögensgestaltung des deutschen Volkes, es geht um die Zukunft ganzer Gewerbezweige und es geht — nicht zuletzt — darum, ob das deutsche Volk es sich gefallen lassen will, daß auf seinem Rücken das unerhörteste Geschick der großkapitalistischen Interessen in der politischen Arena ausgetragen werden soll. Noch ehe sie erfüllt werden, war die Zollvorlage der Rechtsregierung Gegenstand lebhaftester Meinungskämpfe. Die darin enthaltenen Gedanken waren von der Wissenschaft mit seltener Einmütigkeit abgelehnt worden. Man mußte erwarten, daß die Regierung großes taktisches Geschick und ein hohes Führerbewußtsein an den Tag legen würde, um mindestens den zu erwartenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Allein wo nichts ist, hat auch Luther sein Recht verloren, und Eigenschaften, die man nicht hat, kann man nicht gut zeigen. So kam es, daß die Erklärung des Rechtskabinetts, langweilig verlesen vom Finanzminister von Schlieben, eher ermüdend als aufreißend wirken mußte. Die alle abgebrauchte Worte von der Wichtigkeit des Tarifs für Handelsvertragsverhandlungen mußte herhalten, um auch die Agrarzölle, die mit diesem Ziel in schroffem Widerspruch stehen, zu rechtfertigen. Kein Wort der Entgegnung auf die schwerwiegenden sachlichen Einwände, die in der Debatte gegen die Vorlage erhoben worden sind, kein neuer Gedanke — überhaupt kein Gedanke, behaupten einige, sondern nur leeres Stroh. Als im Jahre 1902 der letzte Zolltarif dem Reichstag vorgelegt wurde, der in seiner Wirkung längst nicht so weittragend war wie der jetzt geplante schroffe Eingriff in eine durch Krieg und Inflation geschwächte Wirtschaft, da hielt es wenigstens der damalige Reichkanzler v. Bülow für notwendig, dem Budgetarbitrator einige salbungsvolle Worte mit auf den Weg zu geben, um sie dann noch durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Freiherrn v. Thielmann eingehender begründen zu lassen. Im Parlament der Republik glänzt der Reichkanzler zunächst durch Abwesenheit; als er glücklich erschienen ist, verfolgt er mit einiger Aufmerksamkeit die Rede des Genossen Wissell, um sich später in — die Weltkreise einer Zeitung, des „Vorwärts“ zu versenken. Dieft ihn, gibt ihn dann seinem Kollegen zur Rechten, Herrn von Schlieben, weiter. Der liest ihn auch und gibt ihn dem Grafen Kanig weiter. So lesen drei Minister den einen „Vorwärts“ für fünf Pfennige, während das Parlament über Schicksalsfragen des Volkes berät. Drei Minister und ein Zeitungsexemplar — und da soll die „nationale Arbeit“ noch nicht gelähmt werden?!

Eine scharfe Abrechnung mit den Plänen der Regierung brachte die sachlich ausgezeichnete Rede des Gen. Wissell. Scharf charakterisierte er den Kuhhandel der Regierung mit den Interessenten, der sie davon abgehalten hat, das notwendige Werk einer Zolltarifrevision schon früher fertigzustellen, und sie veranlaßte, die der Handelspolitik wessensfremden Getreidemindestzölle mit den Verhandlungszöllen zu verknüpfen. Die Empörung ging über die Reihen der Sozialdemokratie hinaus, als der Redner feststellen konnte, daß die Getreidepreise heute bereits um ein Beträchtliches höher sind, als die Regierung es im letzten Herbst selbst als erwünscht bezeichnet hatte, daß man aber jetzt trotzdem den Kornzoll verlange. Die hochschützlerischen Tendenzen in den Zollfragen auf Industriewaren, deren ganzen Stärke manche Herren auf der Rechten noch nicht einmal konnten, wies Gen. Wissell entschieden zurück. Seine Rede rang aus in die Mahnung, der internationalen Verständigung in der Handelspolitik die Wege zu bahnen, sie nicht zu sperren.

Gegenüber der schwachen Erklärung einer Regierung, die sich von den Parteien treiben läßt, anstatt selbst zu führen, die sich willentlos der Diktatur einer kleinen Minderheit von Interessenten beugt, war Wissells Kampfanzeige der Ausdruck des geschlossenen Willens der Volksmehrheit, gegen die egoistischen Interessententendenzen anzuempfen.

Wie sehr die Rechtsregierung die Führung verloren hat, dafür gab es übrigens gestern ein anschauliches Beispiel. Der Steuerausdruck des Reichstages hatte die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt. Der Finanzminister glaubte aber, darauf nicht verzichten zu können. Ein Konflikt schien unvermeidlich. Den Ausweg fand nicht die Regierung, sondern ihre Parteien, die jetzt einen Initiativantrag einbringen. Danach soll die Biersteuer um die

Hälfte des ursprünglich geplanten Erhöhungsmäßes wieder heraufgesetzt und die Erhöhung der Zigarettensteuer wieder hergestellt werden. Nicht die Regierung, sondern die Parteien müssen führen...

Der Vertreter der Deutschnationalen trat — wie nicht anders zu erwarten — für den Schutzzoll ein, ebenso der Redner der Deutschen Volkspartei, der Abg. Schneider-Dresden. Der letztere hatte noch sein Konzept vom Dienstag früh in der Tasche und verhaspelte sich gründlich. Er trat nämlich für die Agrarzölle ein, obwohl am Dienstag nachmittag der Reichsverband der deutschen Industrie sich bereits gegen die Mindestzölle gewandt hatte. Man ist sich eben im Lager der Volksparteier nicht ganz klar.

Noch mehr gilt das für das Zentrum und für die Wirtschaftspartei, für die der Bauernbündler Fehr sprach. Sowohl er wie der Zentrumsabg. Delfauer, der in kunstvoll abgemessener Rede die Schwierigkeiten der eigenen Partei andeutete, ohne sie jedoch deutlich auszusprechen, ließen durchleuchten, daß man zwar am Tarif mitarbeiten und ihn beschleunigen wolle, daß man in ihm aber noch nicht das „harmonische Ganze“ sehe, das man von einem Zolltarif erwarte. Selbst wenn also die Regierung auf ihrer Absicht beharren sollte, den Tarif durchzuseifen, so wird sie aus dem Lager ihrer eigenen Freunde manche ihr unliebsame Korrektur ermarieren müssen.

Die Sozialdemokratie wird aus der Uneinigkeit im bürgerlichen Lager ihre Schlüsse ziehen müssen. Sie wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß der zynisch ausgeheckte Anschlag auf die Volksernährung, zu dessen Werkzeug die Regierung sich auf den Befehl des Landbundes machen will, ebenso zusammenbricht wie die Lebensenergie der Produktion, die deutsche Warenexport, durch einseitige schutzzöllnerische Bevorzugung der fertigeren Rohstoff- und Halbzeugindustrien abzuschneiden.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung gab es noch eine bewegte Auseinandersetzung. Namens der sozialdemokratischen Fraktion protestierte Gen. Breitscheid gegen eine auf heute Vormittag angesetzte Sitzung des handelspolitischen Ausschusses, in der der Zolltarif schon in Beratung gezogen werden sollte, obwohl die erste Lesung im

Plenum noch nicht beendet ist. Man einigte sich schließlich, dem Einspruch der Sozialdemokraten gegen die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit nachgebend, dahin, daß der Zolltarif von der heutigen Sitzung des Ausschusses abgesetzt und nur die Wahl eines neuen Vorsitzenden an Stelle des zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannten Zentrumsabgeordneten Dr. Steiger vorgenommen werden solle.

Wissells Anklagerede.

Nach der „Begründung“ der Vorlage durch den Reichsfinanzminister v. Schlieben, die wir in der Beilage wiedergeben, wird die Aussprache eröffnet durch folgende Rede des

Abg. Wissell (Soz.):

Ueberrascht bin ich über die außerordentliche Bescheidenheit, mit der der Herr Minister den Wunsch ausgesprochen hat, wir möchten diese Vorlage möglichst schnell noch vor den Sommerferien verabschieden. Hat er diesen Wunsch nur um deswillen in so bescheidener Form zum Ausdruck gebracht, weil die Regierung schon mit den Parteien, die hinter ihr stehen, über die Frage verhandelt hat, ob etwa diese Vorlage wenigstens in den Hauptabschnitten hier im Reichstag en bloc zur Verabschiedung gelangen könnte? Bernimmt habe ich in den Ausführungen des Herrn Ministers die Erörterung zweier ganz wesentlicher Punkte, einmal die Darlegung, weshalb diese kleine Zolltarifvorlage denn erst jetzt an den Reichstag gelangt, obwohl sie doch schon seit Monaten für die Verhandlungen über die verschiedensten Handelsabkommen schufällig erwartet wurde, gerade auch von den Vertretern der Reichsregierung bei diesen Verhandlungen. Zum anderen vermisse ich die Darlegung der Zielsetzung der deutschen Handelspolitik, die mit dieser Vorlage erstrebt wird. Die Gesamttenz dieser Vorlage ist doch eine so ausgesprochen hochschützlerische, daß den Worten der Begründung recht wenig Beweiskraft innewohnt. Darum hätten wir vom Herrn Minister etwas Positives hören müssen. Die zum Schaden der Handelsvertragsverhandlungen verzögerte Einbringung der Vorlage hat schon im März den Reichswirtschaftsrat auf das lebhafteste beunruhigt. Er hat damals gebeten, das Wirtschaftsministerium möchte doch schließlich auf das Ernährungsministerium drücken, daß die Frage der Getreidezölle erledigt werde, damit diese Vorlage vom Reichstag verabschiedet werden könne. Schon im November hat er diesen Wunsch einstimmig geäußert, mit Zustimmung auch der landwirtschaftlichen Vertreter.

Sie wollen Hergt hängen!

Enttäuschte deutschnationale Wähler in der Wandelhalle des Reichstags.

Das Interesse des Reichstages spaltete sich gestern zwischen den wichtigen Verhandlungen im Sitzungssaal und den dramatischen Vorgängen, die sich mittlerweile in der großen Wandelhalle abspielten.

Dem früher deutschnationalen Abg. West war es mit Hilfe einiger Freunde gelungen, Deputationen der Berliner Sparere- und Hypothekengläubiger-Organisationen in großer Zahl in den Reichstag einzuführen.

Die Deputationen verlangten stürmisch, die führenden Persönlichkeiten der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu sprechen, um sie an die Versprechungen zu erinnern, die sie ihnen vor den Wahlen über die Aufwertung abgegeben hatten. Die Herren Hergt und Graf Westarp waren besonders stark begehrt. Ein temperamentvoller alter Herr mit Kriegsverwundungen von 1870/71 im Knopfloch rief:

Wenn man Herrn Hergt erwische, werde man ihn hängen.

Dieser Ruf fand bei den anderen Deputationsmitgliedern, unter denen sich auch zahlreiche Frauen befanden, stürmische Zustimmung. Die beiden vielgeschickten Herren hatten sich jedoch in ihre Arbeitszimmer zurückgezogen und waren während der ganzen Sitzung weder im Saal noch in der Wandelhalle zu sehen. Andere deutschnationale Abgeordnete, die die Wandelhalle passierten und das Unglück hatten, erkannt zu werden, zogen sich eilig in die dem Publikum unzugänglichen Seitengänge zurück. Der deutschnationale Vizepräsident Graf Thüringen vollzog diesen strategischen Rückzug mit bemerkenswertem Geschick und lebhaft entschuldigenden Bestätigungen. Den Dienern, die diesen Rückzug deckten, wurde erklärt:

„Erst haben wir sie (die deutschnationalen Abgeordneten) gewählt, dann haben sie uns um unser Geld gebracht, und nun dürfen wir nicht einmal mit ihnen reden!“

Herr Lauerrenz geriet arg ins Gedränge. Man sah ihn inmitten einer erregt auf ihn einredenden Schaar sich lebhaft schüt-

teln und auf seine Taschen weisen, offenbar um zu betrautigen, daß diese leer seien. Herr Bruhn entfloß mit hochrotem Kopf, während Hofworte, wie „Lump! Gauzner!“, hinter ihm herklungen. Um den Abg. Spuler sammelte sich ein dichter Schwarm, es wurden Ansprachen an ihn gehalten, aus denen die Worte herausklangen:

„Zieht die schwarzweißroten Fahnen ein, unter diesen Fahnen habt ihr uns belogen und betrogen!“

Die Befürworter und Befürherinnen, wohl etwa hundert an Zahl, versicherten übereinstimmend, daß sie alleamt bei den letzten Wahlen deutschnational gewählt und zum größten Teil für den Sieg der Deutschnationalen eifrig geworben hätten. Nun aber seien sie ein für allemal gehetzt.

Ihre konkreten Forderungen an die Deutschnationalen, die sie noch immer als ihre Abgeordneten betrachten, da sie ja ihrer Arbeit ihre Mandate verdanken, gingen dahin: Ablehnung der Regierungskompromisse, Annahme des Beschlusses, namentliche Abstimmung darüber und kein Fraktionszwang! — Es versteht sich von selbst, daß es ihnen nicht gelang, bindende Zusicherungen in dieser Richtung zu erzielen. So lebhaft sich das Ganze abspielte, so muß doch festgestellt werden, daß kein deutschnationaler Abgeordneter tatsächlich bedroht wurde. Von Worten abgesehen, die allerdings äußerst unfreundlich klangen, hielten sich die Deputationen in ihren Schranken, und den Anordnungen der Reichstagsbeamten wurde willig Folge geleistet. Ueberhaupt hatte man den Eindruck, daß an diesen Szenen nichts Gefährliches und nichts Gespielteres war, sie waren eben nichts anderes als der spontane Stimmungsausbruch von Leuten, die gläubig vertraut hatten und die sich nun maßlos betrogen fühlen.

Die Hundert, die gestern im Reichstag erschienen, waren die Vertreter von Hunderttausenden, die noch im Herbst vorigen Jahres eifrig Apoll der Hergt-Partei gewesen sind, die sich aber bei den nächsten Wahlen als kommende Ankläger gegen sie betätigen werden.

Nach den Erklärungen, die der Herr Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums im März im Reichswirtschaftsministerium abgegeben hat, hat zwar das Wirtschaftsministerium sich mit allerhöchster Befürwortung beim Ernährungsministerium dafür eingesetzt, daß diesem Wunsch des Reichswirtschaftsrats entsprochen wurde. Aber wie der Herr Vertreter des Wirtschaftsministeriums erklären mußte, war bis zum 10. März trotz wiederholter Erinnerung vom Ernährungsministerium keine Antwort beim Wirtschaftsministerium eingegangen. Sogar ein Monat ist der Reichswirtschaftsrat erst vor einem Monat mit den Getreidezöllen befaßt worden. Deshalb ist nun die kleine Zolltarifvorlage erst jetzt an den Reichstag gebracht worden?

Woll man meine, unter dem Druck der Notwendigkeit, zu einer sicheren Verhandlungsgrundlage mit den Verhandlungsgegnern kommen zu müssen, auch die Getreidezölle bei dieser Vorlage mit durchbringen zu können.

Die Regierung hat um deswillen die Getreidezölle mit den Zöllen verknüpfelt, weil sie meinte, den Sonderwünschen der Kreise Rechnung tragen zu müssen, die hinter ihr stehen, weil sie diesen Parteien die Getreidezölle bringen wollte. Sie mußte ja den Herren von rechts die Annahme auch ermöglichen; denn ohne die Getreidezölle würden sie ja die Zolltarifvorlage nicht annehmen. Die Getreidezölle sind doch die Kompensation für Ihre Zustimmung (nach rechts) zu dieser Vorlage. (Sehr wahr! links.) Freilich, wenn die Regierung diese Verknüpfung nicht vorgenommen hätte, wie würden dann wohl die Herren von rechts zu der Außenpolitik der Regierung so ruhig geblieben sein, wie sie es in diesem Jahre geblieben sind! (Stürmische Zustimmung links.) Diese stillschweigende Zustimmung zu einer Politik, die nach Auffassung der Rechten das nationale Wohl gefährdet, die Zustimmung zum deutsch-spanischen Handelsabkommen, sie soll mit den Getreidezöllen bezahlt werden.

Die Einseitigkeit dieses Kaufpreises beweist, daß es Kreise gibt, die das nationale Wohl gar nicht kümmern, wenn nur Ihren Sonderinteressen Förderung zuteil wird.

(Sehr wahr! links. — Unruhe rechts.) Der Verbindung der Getreidezölle mit den Industriezöllen wegen hat es denn der Herr Reichswirtschaftsminister ertragen, daß die Handelsvertragsverhandlungen der letzten Monate durch das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage auf deutscher Seite gefährdet und erschwert worden sind (hört, hört bei den Sozialdemokraten), daß unjenseits Unterhändler ein italienischer Unterhändler erklären mußte,

wir wissen ja gar nicht, was unser Angebot wert ist; denn ihr selbst wißt ja noch nicht einmal, welchen Zollsatz euer Reichstag endgültig in den Tarif hineinschreiben will. Und der Herr Reichswirtschaftsminister hat es ertragen, daß unsere Unterhändler bei den handelspolitischen Verhandlungen in der gänzlich unmöglichen Situation gewesen sind, verhandeln zu müssen und nur verhandeln zu können auf der Grundlage eines Zolltarifs, der nicht Gesetz war, und zu verhandeln auf Grund von Unterlagen, die mit den Interessenten vereinbart sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Es hat ganz den Eindruck, als wenn diese Interessenten die Regierungsstellen so von ihrer Auffassung überzeugt haben, daß die

Regierung jetzt ganz im Schlepptau der Interessenten segelt. Es hat den Anschein, daß die Handelspolitik nicht von der Regierung, sondern von den Interessenten dirigiert wird.

Meine Fraktion sieht in der Gestaltung der Handelspolitik eine der wichtigsten Entscheidungen, die für die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft getroffen werden kann, und die Handelspolitik erfordert eine strenge sachliche, auch die Umänderungen und die Umwälzungen, die durch den Krieg eingetreten sind, berücksichtigende Behandlung, bei der aber vor allem die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung in erster Linie berücksichtigt werden müssen.

Eins sollte uns munden, daß auch die Herren von der Deutschen Volkspartei, die sich als Vertreter der Wirtschaft fühlen, sich so still unter dieses laudimische Joch der Verbindung mit den Deutschnationalen begeben haben. Sie, meine Herren, die Sie wissen, was die Hinausschiebung des Handelsabkommens für die deutsche Wirtschaft bedeutet, lassen die Verknüpfung der kleinen Zolltarifvorlage mit den durchaus nicht eiligen Getreidezöllen zu. Man mag vielleicht auch zu der Vermutung kommen, daß bei den Kreisen der Wirtschaft für dieses Stillschweigen in den letzten Monaten ein anderes Moment eine wesentliche Rolle gespielt hat. Entweder es etwa den Interessen der hinter Ihnen stehenden Kreise, die Veränderungen des deutschen Zolltarifs, die in der Inflationszeit durch ermächtigte und bevollmächtigte Gesetzgebung bewirkt worden sind, möglichst lange zu erhalten? Waren Ihnen oder den hinter Ihnen stehenden Kreisen die zahlreichen Zollerhöhungen bis aus Jahr- und Wechsels der früheren Jahre etwa ein willkommenes Geschenk, das die hinter Ihnen stehenden Kreise so lange wie möglich sich zu erhalten suchten? Diese zahlreichen Zollerhöhungen durch ermächtigte und bevollmächtigte Gesetzgebung sind in der Deffenlichkeit kaum beobachtet worden, und wir haben Zölle erlebt, von denen man sagen muß, daß sie Prohibitivzöllen gleichkommen. Hier liegt der Hauptgrund für die Tatsache, daß

Deutschland heute fast das teuerste Land in Mittel- und Westeuropa

ist. Aber noch eine andere Vermutung drängt sich geradezu zwingend auf. Nach den Londoner Vereinbarungen sollten die Verhandlungen mit Belgien schon am 15. September vorigen Jahres, die mit Frankreich am 1. Oktober beginnen. Ich frage die Regierung: Ist etwa der Umstand, daß diese Vereinbarungen nicht zustande gekommen sind, nicht zustande gekommen sind infolge der fehlenden Grundlagen für feste Vereinbarungen auf deutscher Seite, direkt oder indirekt schuld oder hat er dazu beigetragen, daß die

Lösung der Räumungsfrage so erschwert worden

ist? Wenn das der Fall wäre, dann würde mit den Interessen ein Spiel getrieben werden sein, wie es frevelhafter nicht würde getrieben werden können zugunsten einer kleinen Schicht.

Herr Dr. Sirejemann hat im Mai auf der Tagung des Landesverbandes seiner Partei gemeint, in der Wirtschaftspolitik handle es sich darum, das Primat der Politik vor dem Berufsinteresse durchzusetzen. Das ist die Theorie, eine Theorie, so richtig, daß selbst die Vertreter einseitiger Berufsinteressen sich mühen, diese Interessen als die der Allgemeinheit erscheinen zu lassen. Aber die Praxis sieht leider anders aus.

Die Praxis sieht so aus wie dieser Zolltarif, der vom einseitigsten Berufsinteresse nicht einseitiger hätte aufgestellt sein können.

Ein in seinem Sinn ist nicht zu erfassendes Aufeinanderwürfen, eine Addition und eine Multiplikation der Zölle bis zum Doppelten, Dreifachen, Fünffachen, Zehnfachen, Zwanzigfachen, Dreißigfachen

bis hinauf über das Vierzigfache der bisherigen Zollsätze.

Wenn Sie, meine Herren, eine derartige Erhöhung, für die in der Vorkriegszeit und in normalen Zeiten bei einer neuen eingehenden Prüfung kein Mensch zu haben wäre, verteidigen wollen, dann ist es geradezu unverständlich. Von den 924 Einzelpositionen in den 448 Tarifpositionen werden 746 geändert von der doppelten bis zur vierzigfachen Höhe hinaus. 17 werden ermäßigt oder befreit, 74 neu mit Zollsätzen belastet. Aus dieser Vorlage tritt uns eine ganz unverhüllte Tendenz bewußter Schutzpolitik entgegen. Schade, daß man der deutschen Regierung ein solches Verfahren, das Primat des Staates durchzusetzen, nicht patentieren kann. Und patentieren müßte man der Regierung auch den von ihr beschrittenen sicheren Weg, die deutsche Industrie dauernd konkurrenzunfähig zu machen. Sind schon die Zollsätze der vereinfachten und ermäßigten Gesetzgebung seit der Stabilisierung zum Mittel geworden,

manchem Zweige der Wirtschaft geradezu ein Laster- und ein Faulbett zu bereiten,

auf dem sie technischen Fortschritt und organisatorische Verbesserungen unbeachtet lassen konnte, so werden diese Zollsätze es in noch viel, viel höherem Maße sein.

Niemals hat der deutschen Wirtschaft der frische Luftzug der Weltkonkurrenz so nahe gefühlt wie heute.

Selbst ein Stinnes hat vor einhalb Jahren als Mitglied Ihrer Partei in öffentlicher Erklärung das noch verkündet. Statt diesen Luftzug der deutschen Wirtschaft zu verschaffen, schließt man sie sorgfältig von ihm ab. Der Herr Minister Stresemann hat im Leseklub Hamburg im April dieses Jahres gemeint, das Abschließen des deutschen Marktes durch Hochschutzzollpolitik sei unmöglich. Ich bin gespannt auf seine Dialektik, mit der er den Nachweis führen wird, daß diese Auffassung mit diesem Zolltarif in Einklang steht. (Zurufe links: Der kann alles!)

Wie jedenfalls machen keine Politik, die den technischen Fortschritt hemmt und eine Bequemlichkeitsprämie darstellt. Wir lehnen es auch ab, auf die Argumentation hereinzuweisen, daß die Arbeiterklasse als Produzenten an hohen Industriezöllen Interesse hätte, weil sie dann höhere Löhne bekäme. Wir lassen uns auch nicht durch die Warnung vor etwa kommender Arbeitslosigkeit auf eine hochschutzzöllnerische Bahn drängen. Sie (nach rechts) wollen den Staat für Ihre Interessen einspannen, und das nennen Sie dann Freiheit der Persönlichkeit! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts), und für Herrn Stresemann ist es dann die Durchsetzung des Primats des Staates gegenüber den Berufsinteressen. Wir gehen auch nicht die Wege mit, die Produktionskosten der Industrie noch durch Agrarzölle zu erhöhen und ihr damit die Möglichkeit zu nehmen oder zu erschweren, im Ausland Absatz für ihre Erzeugnisse zu finden. Heute, meine Damen und Herren (nach rechts), ist Ihrer Weisheit A und O:

Getreidezölle und noch einmal Getreidezölle.

Die fast einmütige Meinung der Wissenschaft wird in Ihren Kreisen verhöhnt als das Gerede von Kurpfuschern. Meine Herren, wo ist das landwirtschaftliche Hilfswort geblieben, das noch vor zwei, drei Jahren die landwirtschaftliche Produktion steigern wollte? Das ist verunten und vergessen, weil Sie heute glauben, die durch die Aufwertungsveränderungen vorübergehend erlangte Macht zu Ihrem Vorteil auszuüben zu können. (Sehr wahr! links.) Niemand von uns wird bestreiten, daß es wünschenswert sei, auf eigenem Boden die Bevölkerung zu ernähren. Aber dieses Ziel ist doch erst in weiter Sicht zu erreichen. Ich will Ihnen nur ein paar Zahlen vorlesen. In der Vorkriegszeit haben Sie es mit Ihrem Zollschutz nicht verhindern können, daß von Jahr zu Jahr eine immer größere Zahl von deutschen Einwohnern mit fremdem Getreide ernährt werden mußte. Dieses Verhältnis, das im Jahre 1912, abgesehen von allen anderen Nahrungsmitteln, fünf Millionen Deutscher von fremdem Getreide ernährt ließ, ist im letzten Jahre auf über zwölf Millionen angewachsen. Nicht die künstliche Förderung des gegenwärtigen Getreidebaus ist die beste Zukunftssicherung, sondern die bei einem Fehlen des Zollschutzes für Getreide sich unfehlbar einstellende Vermehrung der Viehhaltung, die rückwärts auch wieder eine Steigerung des Getreidebaus zur Folge haben wird. Die Steigerung des Feldfutterbaus, die dann eintreten würde, diese intensive Grünlandwirtschaft, vor allem die Einfuhr von Futtermitteln und anderen Kraftfuttermitteln wollen Sie nicht, obwohl Sie gerade dem kleineren und mittleren Besitz in der Landwirtschaft helfen und ihn vorwärts treiben wollen. Aber gerade deren Interessen werden von der Regierung preisgegeben. Nur in einem einzigen Satz, bei 317 D, wird der phosphorsäure Kalk, der bei der Viehzucht so dringend benötigte Futtermittel, der heute frei ist, mit einem Zollsatz belegt, der den Preis um 50 Proz. in die Höhe bringt. Wenn es notwendig ist, dann scheuen auch wir uns nicht, den Kormenten Opfer aufzuopfern, und ich möchte gewissermaßen grundförmlich von dieser Stelle aus sagen: müßte die Landwirtschaft ohne Schutz zusammenbrechen oder würde eine erhebliche Extensivierung eintreten, dann müßte eine Befreiung des Konjums, dann müßten Sondererlässe für die landwirtschaftlichen Produzenten in den Kauf genommen werden. Aber so liegt es eben nicht. Wie falsch, wie grundlegend falsch sind die Behauptungen der Begründung gewesen.

Das Verhältnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Bedarfsartikel (siehe der Beweis einer gefährlichen, nämlich sich verschärfenden Krise sein. Damals betam man für 100 nur 75 der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel. Warum hat die Regierung heute nicht wieder eine solche Rechnung aufgemacht? Hätte sie es getan, dann wäre nämlich der Beweis erbracht worden, daß diese Behauptung von damals falsch bis in die letzte Einzelheit jedes Faktors dieser Rechnung gewesen ist. Die Regierung hat damals auf Jahre hinaus mit einem Ueberangebot an Weizen gerechnet. 6 bis 7 Millionen Tonnen sollten zu viel sein.

heute haben wir eine Verknappung an Getreide, wie wie sie niemals für möglich gehalten haben.

Die abnorme Preisbildung auf dem Getreidemarkt, deren ständige Verschärfung in Aussicht gestellt wurde, ist beseitigt. Alles ist anders gekommen als es im vorigen Jahre von der Regierung behauptet wurde. Als die Vorlage im vorigen Jahre eingebracht wurde, da kostete die Tonne Weizen 165 M. und der Roggen 136 M. Damals hatte die Regierung einen Zoll von 55 und 50 M. in Aussicht genommen. Wenn dieser Zoll sich in voller Höhe ausgewirkt hätte — und das bezweckten die Regierung damals als nicht einmal erwünscht —, dann würden die Getreidepreise 220 M. für Weizen und 185 M. für Roggen gewesen sein.

heute kostet ohne Zoll der Weizen 265 M. und der Roggen 211 M. Das heißt: ohne Zoll heute 45 bzw. 25 M. mehr, als ihn die Regierung im vorigen Jahre als unerwünscht bezeichnet hatte!

Diese grundlegend anders gewordenen Verhältnisse werden heute von der Regierung unbeachtet gelassen. Die Regierung begründet die Zollvorlage mit der Bekämpfung der passiven Handelsbilanz. Minister Reubaus hat auf der Düsseldorf Tagung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens festgestellt, daß die Passivität der Handelsbilanz nur das Korrelat der Versorgung Deutschlands mit ausländischen Krediten nach Annahme des Dawes-Guthrieplans sei. Ich würde als Minister meine Untertänigkeit unter eine Vorlage, die meine wissenschaftlichen Ueberzeugung widerspricht, nicht geben. Der Herr Minister Dr. Reubaus denkt anders oder er hat diesen Passus der Begründung nicht gelesen.

Die Regierung tutiert an Symptomen.

aber sie geht nicht auf die Ursachen unserer Räte zurück, wenn sie meint, die Passivität der Handelsbilanz durch Zollserhöhungen bekämpfen zu können. Zur Begründung führt sie auch an, die Zölle würden eine Stärkung des Inlandmarktes bewirken. Zölle bedeuten doch zunächst immer eine Verteuerung; sie haben sicher keine wirtschaftliche Produktion zur Folge. Wenn man uns nachweisen könnte, daß Industrie- oder Agrarzölle zu einer verbilligten oder vermehrten Produktion führen würden, dann würden wir allerdings zustimmen. Vorläufig aber haben die Erfahrungen seit 1840, als sich für die Erzielungszölle einrichtete, also die Erfahrungen mehrerer Menschenalter, bewiesen, daß Zollschutz nur einzelnen privatrechtlichen Interessen der Industrie und Landwirtschaft dienlich, denen auf Kosten der Allgemeinheit eine Vorzugsrente gesichert wird. Eine solche Politik, eine Handelspolitik, die mit Zöllen unsere deutsche Wirtschaft auf die Beine bringen will, lehnen wir ab, weil sie das Gegenteil von dem erreicht, was zu erreichen ihr Ziel sein müßte.

Nicht Befreiung des inneren Konsums, sondern Minderung der Kosten durch Befreiung von den Zöllen, das muß die Aufgabe sein.

Die Wiedererstarbung der inneren deutschen Kaufkraft würde auch den Beschäftigungsgrad erhöhen und stärken und so eine Verbilligung der industriellen Produktion ermöglichen, die ihrerseits wieder zu einer Steigerung der deutschen Ausfuhr führen würde, die ja jetzt unter zu hohen inländischen Produktionskosten zu leiden haben soll. Was geschehen kann, um auch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für industrielle Erzeugnisse zu steigern, das hat zu geschehen. Aber wir werden uns auch jedem Weg und jedem Versuch widersetzen, diese Aufnahmefähigkeit auf dem Wege landwirtschaftlicher Zölle zu erreichen. Denn eine Steigerung der Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft durch Zölle bedeutet eine noch viel größere Schwächung der Schichten, die der Landwirtschaft nicht angehören, eine Schwächung, die größer ist als die Steigerung auf der anderen Seite. Was die Landwirtschaft an billigen technischen Produktionsmitteln gebraucht, das soll ihr werden. Dazu werden wir uns bemühen. Auch was dient, die Mechanisierung der Landwirtschaft zu erreichen, werden wir unterstützen. Deshalb meinen wir, daß

Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen nicht gerechtfertigt sind.

Seitdem die Zollvorlage angekündigt ist, erleben wir schon eine Preissteigerung, wie man sie niemals für möglich gehalten hat. Es ist sicher, daß wir, wenn diese Vorlage Gesetz wird, den schwersten Zeiten im Innern entgegengehen.

Soziale Kämpfe, Lohnkämpfe der schwersten Art müssen entbrennen.

Wie die gesundheitsliche Gefährdung sein wird, hat Ihnen am vorigen Sonnabend mein Parteifreund Moses auseinandergesetzt. Unserer Ueberzeugung nach steht fest, daß die Vorlage zum Fluche für das deutsche Volk werden wird. Und jene, die es mitbewußt haben, das ein solcher Fluch das deutsche Volk treffen kann, weil sie auf Ihre Versprechungen bezüglich der Aufwertungen herein gefallen sind, werden Ihnen das freilich niemals vergessen. Da heißt es nicht: verunten und vergessen, da heißt es: daran denken und immer daran erinnern. Glauben Sie es wirklich, daß Sie es einem der kleinen Sparrer plausibel machen können, die Ihren Versprechungen geglaubt haben, daß er eine jährliche Belohnung allein bei Brotgetreide von 40 bis 45 Mark zu tragen haben wird? Glauben Sie, es einem Kriegsbeschädigten verständlich machen zu können, der in der Sonderklasse D 100 Prozent erwerbsbeschränkt, eine monatliche Rente von 40,40 Mark bekommt? Glauben Sie es einer der Heimarbeiterinnen im Osten, Nordosten oder im Süden Berlins plausibel machen zu können, daß diese Broterzeugung zwingendes Erfordernis ist? Das glauben Sie selbst im Ernst nicht.

Ich habe selten eine Vorlage der Regierung an den Reichstag gesehen, deren Begründung so schwach war wie diese. Schema F, und damit ist alles erschöpft! Nirgends ein neuer Gedanke, nirgends eine neue Idee, Unermögendes oder, wenn ich höflicher sein will, Unwille, der gegen früher so wesentlich geänderten geographischen und internationalen wirtschaftspolitischen Situation gerecht werden wollen! Weil im Ausland hohe Zollmauern aufgeführt wurden, weil ein Protektionismus sondersgleichen dort Einzug gehalten hat, deshalb das gleiche auch bei uns! Die Regierung sieht nicht, daß diese Politik sich nicht halten kann, daß die Bedingungen dafür gar nicht gegeben sind. Sie sieht nicht, daß die Länder, die uns umgeben, heute anders geworden sind, als sie früher waren. In diesen Ländern, die, wie z. B. Polen und die Tschechoslowakei, soweit Eisen in Frage kommt, haben eine zehnmal so große Produktionskapazität, kann sich dieser Protektionismus nicht halten. Auch ein Deutschland, in dem für jeden Dritten die Frage der Ausfuhr eine Frage von Leben und Tod ist, kann die Grenzen seiner Wirtschaft nicht über die Grenzen seines neffstemmten Gebietes hinaus ausdehnen, wenn es sich mit selbsterrichteten Zollmauern umgibt.

Damit verteuert es seine Lebenshaltung, erschwert es seine Lage, verhindert es seine eigene Produktion.

Ist es schon ein Wahnsinn, das kleine Gebiet Europas in 20 oder noch mehr getrennte Territorien zu zerlegen, die gegenüber der geschlossenen Einheit in Nordamerika zur völligen Konkurrenzunfähigkeit verdammt sind, dann ist es so etwas geben könnte, geradezu tumulierter Wahnsinn, wenn diese Gebiete sich nun noch selbst vom Auslande abschließen wollen. Wenn je die Zeit zu einer großen Idee gekommen ist, dann heute. Die Idee ist da, nur müßte die Regierung sich zum Träger dieser Idee machen. Sagen Sie es den Völkern, daß keine wirtschaftlichen Interessengegensätze der europäischen Völker vorhanden zu sein brauchen, daß der Erfolg jedes einzelnen Landes allein von der Tüchtigkeit und vom Wert seiner Leistung abhängt, daß die Auflösung der wirtschaftlich geschlossenen Einheiten die Interessen der Völker Europas auf das mannigfaltigste gegenseitig verknüpft und damit die stärkste Sicherheit gegen eine Wiederholung des Weltkrieges gibt! Wenn Sie ja sprechen, werden Sie gewiß in den Waffen zündenden Widerhall finden. Wo aber ist in dieser Zollvorlage auch nur die Spur von solchem Geist zu finden?

Was anderen Staaten zum Vorwurf gemacht wird, treibt Deutschland in verdoppeltem Maße.

Statt den Versuch zu machen, die Zollmauer abzubauen, ist das A und O auch der Regierungsmehrheit: höher türmen, aufbauen! Wollen Sie wirklich etwas tun, was der deutschen Wirtschaft und dem ganzen deutschen Volk zum Nutzen gereicht, dann fassen Sie sich auf die Grundlagen, die Deutschland seinerzeit für die Friedensverhandlungen gelten lassen sollte, auf den dritten der vierzehn Punkte Wilsons (Lachen rechts):

Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken,

soweit sie möglich ist und Herstellung gleicher Handelsbeziehungen unter allen Völkern! Proklamieren Sie dieses Ziel, und es wird auf die Dauer durchzuführen sein!

Wir glauben absolut keine Illusionspolitik zu treiben, sondern Realpolitik nüchternster Wirklichkeit. Diesen Weg werden wir gehen, und wenn das Beschreiten dieses Weges an Verhalten der anderen scheitert, dann werden wir auch zu tun wissen, was dann im Interesse Deutschlands zu tun notwendig ist. Wenn sich die Regierung nicht aufrafft, diese Gedanken zu proklamieren, hoffentlich ist es dann der Reichstag, der dazu beiträgt, daß es anfängt zu legen in den Köpfen derer, in die allerdings schwer das Licht eindringen kann, weil ihre Köpfe durch die Eigeninteressen verflüffert und verklebt sind. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten und auf den Tribünen.)

Späte Sühne.

Drei Jahre nach der Ermordung Walter Rathenaus, am 25. Juni, beginnt vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der zweite Rathenau-Prozess. Er richtet sich gegen den Oberleutnant zur See a. D. Günther Brandt aus Kiel und den Fabrikbesitzer Johannes Küchenmeister aus Freiburg a. d. Saale. Brandt hat vor der Norddeutschen Anklagebehörde von Rathenau-Kern gemeinsam mit dem Norddeutschen Leutnant von Küchenmeister das Norddeutsche befehligt. Die von dem Staatsanwaltschaftsrat Rüdiger vertretene Anklage lautet auf Verbrechen und Vergehen gegen die §§ 211, 49, 74 StGB. und gegen die Verordnungen über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, da bei Küchenmeister auch ein geheimes Waffen- und Munitionslager entdeckt wurde.

Unter den 13 Zeugen befinden sich auch 5 Angeklagte aus dem ersten Rathenau-Prozess, und zwar Ernst Werner Lechow, Tilleßen, Blag, Salomon, Steinbeck und Korvettenkapitän Abendroth. Da Küchenmeister angeblich unter Dämmerzuständen zu leiden hat, sind 3 Psychiater als Sachverständige geladen.

„Ehrbare Kaufleute“.

Einige Fragen an Herrn Laverrenz.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die sich mit den Verhältnissen in der eingegangenen „Nationalpost“ des Herrn Laverrenz beschäftigt:

Das Berliner Blatt der Deutschnationalen Volkspartei, die „Nationalpost“ des Abgeordneten Laverrenz, ist vor einigen Tagen sanft entschlossen. Selbstverständlich haben nämlich alle Beileger und Fußfalle des Herrn Laverrenz bei den Industriemagnaten der Rechtsparthei zwecks Sanierung der „Nationalpost“ nicht den geringsten Erfolg gehabt, obwohl doch sonst die Herren Hugenberg u. Co. sich nicht so lange bitten lassen. Jetzt erst werden die Gründe für diese seltsame Zurückhaltung bekannt. Die Sperrung aller Subventionen für die „Nationalpost“ ist zurückzuführen auf die einfach unglaublich klingenden, schon aus Größte grenzenden Geschäftspraktiken dieses Blattes.

Im Interesse der Säuberung des politischen Lebens wie auch im Interesse der aufs gemeinste belagerten, betrogenen und schwer geschädigten Angestellten, Leser und Inferenten der „Nationalpost“ unterbreiten wir heute der Öffentlichkeit einige Tatsachen aus der Fülle des uns zur Verfügung stehenden Materials. Vielleicht hat Herr Laverrenz, der ja als Mitgründer und Herausgeber der „Nationalpost“ für die skandalösen Zustände verantwortlich ist, die Liebenswürdigkeit, sich über diese Dinge einmal öffentlich zu äußern! Um ihm dies zu erleichtern, stellen wir einige Fragen an ihn:

Ist es wahr,

1. daß Herr Laverrenz am vergangenen Mittwoch den Angestellten usw. der „Nationalpost“ mündlich und schriftlich mitgeteilt hat, er habe den Konkurs der Zeitung angemeldet — obwohl diese Mitteilung in dieser Form nicht den Tatsachen entsprach (siehe auch 11.)?

2. daß Herr Laverrenz den bisherigen Geschäftsführer der Zeitung, Konisch, durch die Gesellschaft absetzen und sich selbst an dessen Stelle wählen ließ? (Warum übrigens?)

3. daß Herr Laverrenz der schwer ringenden „Nationalpost“ (als deren Herausgeber!) in den Rücken fiel, indem er durch seine Partei in der parteiamtlichen Wochenschrift vor der eigenen Zeitung warnte?

4. daß Herr Laverrenz als Herausgeber der „Nationalpost“ forderte, daß nicht die geringsten Steuern gezahlt wurden, daß den Angestellten zwar die Steuern von Löhnen und Gehältern abgezogen, aber nicht an die Steuerbehörde abgeführt wurden?

5. daß weder Krankentafelbeiträge gezahlt noch Invalidenmarken gekauft wurden?

6. daß den Angestellten noch nicht einmal ein Drittel des Malgehälts ausgezahlt wurde?

7. daß Angestellte, die ihren ärztlich angeordneten Erholungsurlaub antraten, zehn deutsche Reichsmark mit auf den Weg bekamen?

8. daß fast alle Mitarbeiter der Zeitung seit November noch kein Honorar erhalten haben — trotz unzähliger Schreiben, Besuche und Bittgänge?

9. daß (statt dessen) der Geschäftsführerposten mit 64 000 M. Jahresgehalt dotiert wurde?

10. daß der abgeleitete Geschäftsführer Konisch, um einen Rielenstand zu vermeiden bezw. zu verhindern, die Fügel wieder an sich gerissen hat und Herrn Laverrenz das Betreten der Zeitungsräume verbot?

11. daß in Wahrheit erst jetzt (Sonnenabend) der frühere Geschäftsführer den Konkurs angemeldet hat?

12. daß dringende Schreiben der mit durchschnittlich ein-einhalb Monatsgehältern rückständigen (!) Angestellten an die maßgebenden Herren der Deutschnationalen Partei einfach unbeantwortet blieben?

Wir begnügen uns zunächst mit diesen Fragen an Herrn Laverrenz. Bei Gelegenheit wird noch ein Wörtlein gesprochen werden müssen über andere, noch kompliziertere Dinge, z. B. über die Papiergeschäfte des Geschäftsführers der „Nationalpost“, der ja auch Schatzmeister der Deutschnationalen Partei war (!), über die der Druckerei Hempel immer noch nicht bezahlten 100 000 M. Schulden, über die Sanierungsverhandlungen und die seit Monaten bestehenden Pfändungen.

Weiß Herr Laverrenz nicht auch Näheres über die neue „Nationalpost“, die unter dem Titel „Deutschnationale Tagespost“ gestern (Mittwoch) morgen zum ersten Male erschienen ist, und wer hinter diesem Unternehmen steht? Sind eigentlich die Verlagsrechte der eingegangenen „Nationalpost“ schon verkauft worden — rechtzeitig vor Anmeldung des Konkurses, Herr Laverrenz?

Soweit die Zuschrift. Wir haben im allgemeinen kein Interesse an der schmutzigen Wäsche der Deutschnationalen. In diesem Falle — es handelt sich um das offizielle Organ der Deutschnationalen in Berlin — liegt ein Interesse der Öffentlichkeit vor. Herr Laverrenz wird sich konfret äußern müssen.

Tannenzapf entlarvt!

Der Gewährsmann der „Börsen-Zeitung“ und Staatsanwaltschaft ein Erpresser!

Die gestrige Abend Sitzung des Preussischen Untersuchungsausschusses endete mit der völligen moralischen Vernichtung des Kronzeugen, von dessen phantastischem Geschwätz die Hehrepresse der Rechten wochenlang gelebt hat. Am Schluß eines mehrstündigen bewegten Verfahrens stand Herr Tannenzapf aus Stanislaw da, entlarvt als — ein gewöhnlicher Erpresser! Zunächst wurde durch die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Zeugen Punkt für Punkt seiner Aussage widerlegt. Rechtsanwalt Bahn soll nach Tannenzapf 100 000 Gulden Honorar im Januar von Barmat erhalten haben. Der Rechtsanwalt ist jetzt da, kein Wort von der Geschichte ist wahr! Die wertlosen Aktien der Donaufindischen Werte sollen nach T. mit 8 Millionen geschätzt und beliehen worden sein. Direktor Lichtenstein von der Merkur-Bank verweist diese Angaben ins Reich der Fabel. Ebenso die angeblich nach Holland verschobenen 3 Millionen Gulden. Kommerzienrat Ranasse, der Direktor der Treuhändergesellschaft, soll in Köln erklärt haben, die Barmats hätten ihr Vermögen rechtzeitig nach Holland verschoben. Der Zeuge Ranasse erklärt, er habe derartiges nicht gesagt und auch nicht sagen können, denn ihm sei keine Spur einer unredlichen Vermögensverschlebung durch die Barmats zur Kenntnis gekommen. Ueber die Verhaftung Tannenzapfs, die seinerzeit am Bahnhof Zoologischer Garten auf Antrag der Frau Barmat erfolgte, entspinnt sich eine dramatische Auseinandersetzung, bei der der Vorstehende Leidig den Zeugen zu retten sucht. Umsonst! Interessant ist nur eine Feststellung: Nach Tannenzapfs eigener Aussage gaben die Polizeibeamten ihm, als die Abteilung Ia des Polizeigräfidioms anrief und die Festnahme Tannenzapfs verlangte, den Rat zu verschwin-

den, um dann, während T. noch in der Tür stand, der Abteilung Ia mitzutreten, daß Tannenzapf bereits entlassen sei!

Aber der Höhepunkt dieser Vernehmung war es, als durch die Vernehmung des Direktors Schäffer von der Merkur-Bank sich folgendes herausstellte und von Tannenzapf bestätigt werden mußte:

Tannenzapf wurde am 15. Januar 1925 von der Merkur-Bank wegen seines Verhaltens fristlos gefündigt. Er stellte darauf ganz unzulässige Forderungen, die er nach und nach auf 7400 M. steigerte. Er gab der Merkur-Bank bis zum 3. Februar Frist. Als er das Geld bis dahin nicht erhielt, ging er am 4. Februar zum Chefredakteur Dr. Desserich der „Börsen-Zeitung“, und am 5. Februar setzte die Sensationskampagne dieses Blattes ein mit seltsamen Berichten und handbreiten Ueberschriftszeilen, wie: „Unser Gewährsmann berichtet über die Barmat-Korruption.“

Und so steht nun dieser Gewährsmann aus! Das ist der Urheber der Berichte, von denen die deutschnationale Presse so eifrig und so lang voll war. Die Struppellosigkeit, mit der die ganze Barmat-Festgebetriebe wurde, ist damit vor der ganzen Öffentlichkeit festgelegt, nicht minder aber die Bechserigkeit einer Staatsanwaltschaft, die, gestützt auf das Zeugnis eines Herrn Tannenzapf, Verhaftung über Verhaftung vornahm.

Höfles Tod.

Das Gutachten des Landesgesundheitsrates.

Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages hatte der Abg. Dr. Wegl beantragt, ein Gutachten des Landesgesundheitsrates, der höchsten Medizinischen Behörde in Preußen, eingeholen über die Frage: ob und inwieweit bei Vergiftungen bewußtloser Personen die Anwendung des Magenschlauches oder einer Kochsalzinfusion möglich oder notwendig ist, unter Berücksichtigung der im Falle Höfle gegebenen Komplikationen. Der Medizinrat Dr. Störmer hatte bekanntlich den Hinweis des Genossen Wegl, daß er sowohl wie Dr. Thiele bei der Behandlung des Schwerekranken Maßnahmen zur Beseitigung der eingebrungenen Gifte vollkommen unterlassen habe, erklärt, jede solche Anwendung wäre ein schwerer Kunstfehler gewesen. Der Landesgesundheitsrat trat nun gestern unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Ministerialdirektor Dietrich, im Wohlfahrtsministerium zusammen. Vom Höfle-Ausschuß wohnten der Sitzung der Dr. Wegl und Dr. Wegl. Berichterstatter waren der Leiter des Berliner Rettungswesens Dr. Frank. Die beiden toxiologischen Sachverständigen Prof. Bemin und Prof. Joachim Rogliu, Geheimrat Hof von der Charité und der Breslauer Gerichtsarzt, Geheimrat Puppe. Alle fünf Sachverständigen einigten sich auf ein Gutachten, wonach die Frage, die ihnen zur Beantwortung gestellt wurde, mit einem entschiedenen „Ja“ beantwortet wurde. Damit ist dem Untersuchungsausschuß ein Obergutachten erstklassiger Autoritäten unterbreitet, wonach tatsächlich sowohl Dr. Thiele wie Medizinrat Störmer durch Nichtanwendung des Magenschlauches usw. eine grobe Fahrlässigkeit begangen haben.

Das Reichwehrlut vor Gericht.

Auffällige Aussagen.

Minden, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am zweiten Tage im Prozeß gegen den Oberleutnant Jordan wurde im weiteren Verlauf der Verhandlungen Amtsgerichtsrat Ribbelhorst vernommen. Zeuge hat die ersten Vernehmungen geführt und im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft die abgetriebene Föhre nach dem Unglück bezeugt. Erster habe die Lechnische Koffisse in ihrem Ueberteller das georgene Brod abmontiert, so daß nicht mehr festzustellen war, in welchem Zustand sich die Föhre nach dem Unglück befand. Man habe eine neue Föhre herrichten lassen und dabei festgestellt, daß ein solches Fahrzeug „empfindlich wie Apothekerware“ ist. Ein einzelner Mann könne schon Schwankungen hervorrufen. Es ist dem Jengen bei der Vernehmung der Pioniere aufgefallen, daß sie alle von einer Panik auf der Föhre sprachen. Da die Ueberfahrt aber nur 20 Minuten dauerte, sei eine Panik gar nicht denkbar. Der Zeuge will den Eindruck gehabt haben, daß diese Aussagen der Pioniere verabschiedet waren. Ein anderer Zeuge näherte sich nach seiner eigenen Rettung mit einem Rettungsboot einem noch bemannten Rest der Föhre. Als er das Brod erreichte, stürzten sich sämtliche Leute in das Rettungsboot, das dadurch zum Kentern kam. Die Verhandlung wurde schließlich auf Mittwoch vertagt.

Minden, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der 3. Verhandlungstag in Sachen des Wehrlutes brachte nichts wesentlich Neues. Die vernommenen Zeugen befanden durchweg alle übereinstimmend, daß die Föhre zum Teil gleich nach dem Auf: „Wasser im Ponton“ verlastet sei, ohne daß gegebene Kommandos überhaupt noch ausgeführt werden konnten. Ebenso haben sich die Leute auf der Föhre nicht sonderlich bewegt. Gerecht wurden meist nur diejenigen, die schwimmen konnten. Der Burche des Oberleutnants Jordan, Pionier Pape, hatte sich am Ufer befunden und eine Anzahl Soldaten gerettet. Zeuge Unterfeldwebel Horath gibt an, daß ihm Oberleutnant Jordan den Befehl gegeben habe, oberhalb der Unglücksstelle einen Rettungstahn bereit zu halten. Der Staatsanwalt stellt fest, daß nach der Borschrift der Kahn unterhalb der Föhre hätte liegen müssen. Bei dem Unglück haben die als Rettungstruppen eingeteilten Leute des Rettungsschiffes in der Aufregung dann alle ihre Plätze verlassen, sich unterhalb an den Rettungsarbeiten beteiligt und eine Anzahl Leute gerettet. Zivilisten hätten inzwischen den Rettungstahn bestiegen und waren vom Ufer abgestoßen. Der Zeuge Reiling betundet, daß sich das Publikum bei Abfahrt der Föhre gedrängt hätte: „Wenn das man gut geht!“ Er habe die Bedenken zerstreut, da die Scheuerleiste ja noch über Wasser lag. 10 Minuten später sei dann das Unglück passiert.

Erläuterung der Paktnote.

Von Deutschland erbeten und erhalten.

London, 24. Juni. (Reuter.) Die französische Regierung hat in Beantwortung von Anfragen der deutschen Regierung Erläuterungen zu der französischen Garantiepaktnote gegeben. Diese Erläuterungen, nicht zahlreich und offenbar nicht so weitreichender Bedeutung, sind der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Es ist jetzt in der offiziellen Sprache nicht mehr von einem Sicherheitspakt, sondern von einem Vertrag gegenseitiger Garantien die Rede, da das Wort Pakt in Frankreich eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem Völkerbunds-pakt besitzt.

Programmdebatte in Brüssel.

Jaspar gegen Wandervelde.

Brüssel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Außenminister Jaspar wandte sich in der Kammer gegen die Uebernahme des Außenministeriums durch Wandervelde. Dieser viele keine genügenden Garantien, ausschließlich die Interessen Belgiens zu verfolgen. Seine Vergangenheit, seine Verbindung

mit der Internationale, machten ihn zu deutschland-freundlich. Habe doch Wandervelde sogar erklärt, er habe den Versäler Vertrag nur mit wichtigen Vorbehalten unterzeichnet, und auch das nur nach vorheriger ausdrücklicher Ermächtigung der belgischen Arbeiterpartei. Heute, wo die deutsche Abrüstung nicht wankend, wo der deutsche Generalstab wieder aufgerichtet und wo Hindenburg Reichspräsident sei, wäre es für Belgien gefährlich, einen Außenminister zu haben, der die Ideale der Internationale mit den Interessen des Landes verwechsle. Die Rede Jaspars wurde vielfach durch ironische Zurufe der Sozialisten unterbrochen.

Chamberlain beschuldigt den Kreml.

Als Aufstifter der China-Unruhen.

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus wurde Chamberlain gefragt, ob er Beweise habe, daß die Unruhen in China durch Agenten anderer Staaten verursacht und geführt worden sind. Der Minister antwortete, er glaube das, obwohl tatsächliche Beweise dafür nicht vorlägen.

Nach einem WTB-Bericht hat Chamberlain diese Frage geradezu bejaht.

Gegenüber Lloyd George, der vermutlich gegen den Pakt reden wird, erinnerte Chamberlain an Lloyd Georges Garantiepläne und hob hervor, daß ein einseitig gegen Deutschland gerichteter, ohne Deutschland vereinbarter Vertrag heute und in Zukunft für England nicht mehr in Betracht kommt.

Ueber die Chamberlain folgenden Redner war bei Redaktionsschluß ein Bericht noch nicht eingetroffen.

Keine Isolierung Englands!

Chamberlain für den Sicherheitsvertrag.

London, 24. Juni. (WTB.) Vor nichtbeendetem Unterhaus eröffnete heute Staatssekretär Chamberlain die Besprechung der Garantiepaktnote. Seine Ausführungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Heute kann sich keine Nation isolieren. Alles, was ernstlich den Frieden Europas berührt muß jede Nation berühren, ob sie sich im Arzte befindet oder nicht. Zurückhaltung Großbritanniens insbesondere von der europäischen Angelegenheit habe niemals den Interessen des Friedens gebietet und werde ihnen niemals dienen. Seine

Unterstützung unter der Völkerbundjahre ist unvereinbar mit einer Isolierung.

Unsere Sicherheit liegt nicht im Trachten nach einer unmöglichen Isolierung, sondern in einem weisen und klugen Gebrauch unseres Einflusses und unserer Macht, um den Frieden zu erhalten und um zu verhindern, daß wieder ein Krieg ausbricht. Es besteht noch kein Vertrag oder Vertragsentwurf, dem Unterhaus liegt nur eine vorläufige Mitteilung darüber vor, was nach Ansicht der verschiedenen Länder für sie zu übernehmen möglich sein würde und der Richtung, in der sie nach ihrer Ansicht weiterkommen können. Englands neue Verpflichtungen müssen endgültig auf die Grenze zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien beschränkt werden und auf unsere Garantieung dieser Grenze darf sich niemand, der Unrecht tut, berufen, um bei seiner Rechtsverletzung geschützt zu werden. Der Plan ist ein sehr großer Schritt in der Richtung auf die Abrüstung, da er zur Beseitigung der Furcht beiträgt. Furcht beherrscht jedes Land, und die Gefahren eines neuen Kampfes sind im Laufe der Zeit nicht geringer, sondern größer geworden.

Jetzt liegt eine neue und vielleicht letzte Gelegenheit offen,

die auf die Initiative Deutschlands zurückzuführen und von Frankreich in freundschaftlichstem und verhältnismäßigem Geiste aufgenommen ist. Wenn die großen Weltmächte der Welt ein Beispiel geben, um den Frieden zu erhalten und ihre Differenzen an ein Schiedsgericht zu verweisen, wer kann dann sagen, welche Wirkung dieses Beispiel auf die kleineren Mächte haben kann, deren Streitigkeiten in der Vergangenheit den Frieden und die Ruhe anderer Teile der Welt störten und deren Eifersucht sie noch heute stören. Diese Vorschläge bieten große und glückliche Aussichten auf eine bessere, freundlichere Welt; sie werden jedoch zu nichts führen ohne die kritische Mitwirkung, um die er das Haus und das Land im Interesse einer nationalen Politik bittet.

Nach dem Kammervotum.

Klärung erst bei der Finanzdebatte.

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das genaue Abstimmungsergebnis zeigt, daß in der vergangenen Nacht bei der Abstimmung über die Priorität der vom Finanzminister eingebrachten Tagesordnung 66 Sozialisten, darunter Blum, Turlet, Renaudel, Baronne und Paul Boncour für die Regierung, zwei gegen sie stimmten und 37, darunter Compère-Morel, Buisson, Faure und Brellemans sich der Stimme enthalten haben. Falls es nicht, wie allgemein erwartet wird, in den nächsten Tagen bei der Finanzdebatte zur anderweitigen Klärung der innerpolitischen Situation kommt, dürfte der Nationalrat der Partei einberufen werden, um über die Frage der Unterstützungspolitik zu entscheiden.

Die Kämpfe in Marokko

Scheinen wieder größere Aktivität angenommen zu haben. Der amtliche Bericht spricht von einem heftigen Angriff der Streitkräfte Abd el Krims nördlich von Uezza; diese Offensive sei abgewiesen worden, aber die dort stehenden französischen Truppen, deren Verproviantierung außerordentlich schwer geworden sei, haben ihre Positionen nicht zu behaupten vermocht. Im Südosten von Uezza hat die Armee Freydenberg eine Gegenoffensive unternommen.

Aus spanischer Quelle wird gemeldet, daß die von der spanischen Regierung auf offiziellem Wege eingeleiteten Friedensverhandlungen mit Abd el Krim gescheitert sind. Der spanische Unterhändler ist am Mittwoch nach Madrid zurückgekehrt, um das negative Ergebnis zu berichten. Die geplante Marineaktion gegen die Bai von Alhucemas, die wegen dieser Verhandlungen hinausgeschoben war, soll in der ersten Juliwache beginnen. Die spanische Flotte soll bei Agceiras konzentriert sein, um dann die Landung der Truppen zu sichern.

In Paris und Umgebung wurden

198 Hausdurchsuchungen bei ausländischen Kommunisten vorgenommen, darunter 180 bei Chinesen, 16 bei Russen und 2 bei Italienern. 15 Kommunisten wurden ausgewiesen. Dokumente von Bedeutung wurden nicht ausgehoben, nur solche geringfügigen Inhalts beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß in Paris zwei chinesische Kommunistenzeitungen herausgegeben werden; ihre Redakteure sollen demnächst vor Gericht gestellt werden.

Gefangene Riffablen in der Pfalz.

Mannheim, 24. Juni. (WTB. aus „M. Mannh. Ztg.“) Am 12. Juni trafen auf dem Bahnhof Saarbrücken etwa 60 in Marokko gefangene Riffablen unter starker militärischer Bedeckung ein und sind in die Pfalz, vermutlich nach Zweibrücken, weitertransportiert worden.

Außenminister Dr. Mataja hat auf die Bräuterei gegen seine Pariser Reise diese um einen halben Tag verschoben und erst die Zustimmung des Ministerrats und der Wehrführer eingeholt. Als Kesseltrock gab er an: lediglich Vorbesprechung mit dem zwei Professoren, die der Völkerbund den Wirtschaftsstand Deutschlands unterfragen läßt.

Der bulgarische Vandal Ganeff, der seit längerer Zeit die Gegend von Costana und Ardjalk unsicher machte, wurde mit neun seiner Genossen in der Nähe des Dorfes Susame umstellt. Es kam zu einem Kugelmehel, bei dem Ganeff und sieben Mitarbeiter getötet wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Rechtlosigkeit in Sowjetrußland.

Kommunistischer Gewerkschaftsführer unter Zensur.

Der Vorsitzende des russischen Eisenbahnerverbandes, Andrejew, Vorstandsmitglied des Zentralrats der russischen Gewerkschaften, einer der Sekretäre der Zentrale der kommunistischen Partei Rußlands, hielt vor einiger Zeit in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der Eisenbahner einen Vortrag über die gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben der russischen Gewerkschaften. Am 2. April ist der Vortrag im „Sudol“, dem vom Eisenbahnerverband herausgegebenen Tageblatt, erschienen; die Nummer der Zeitung wurde aber sofort beschlagnahmt, der Einlagebogen mit der Rede Andrejews herausgenommen und vernichtet und erst dann die Zeitung zur Verbreitung ausgegeben. Der Vortrag Andrejews wurde dann frisiert und am 3. April in einer neuen Fassung in derselben Zeitung veröffentlicht, aber sofort beschlagnahmt, der Einlagebogen mit der Rede Andrejews in ihrer ursprünglichen Fassung sind aber doch in Verkehr gelangt.

Selbst in seiner zensurierten Fassung wirft dieser Vortrag ein grelles Licht auf die Verhältnisse in den russischen Gewerkschaften. Der Referent spricht von der Passivität der Arbeitermassen, von der Herrschaft der Gewerkschaftsbureaucratie, die die Versammlungen der Mitglieder des Verbandes zu einer bloßen Formalität herabdrückt, ohne den Verbandsmitgliedern die Möglichkeit zu gewähren, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. So heißt es in der Rede:

„Ich habe genügend Beobachtungen gemacht, wie man die Vorsitzenden und die Leiter der Versammlungen in den Verbandsstellen wählt. Wer wird als Vorsitzender der Versammlung gewählt? Die höchsten Beamten des betreffenden Gouvernements oder Ortes; der Sekretär des Gouvernementskomitees, der Vorsitzende des Verbandskomitees, der Sekretär des Bezirksbureaus, des Zentralkomitees usw., statt daß man einen vorgeschriebenen Arbeiter mit eigener Initiative wählt. Welcher Arbeiter wird nun auf die Tribüne gestellt, wenn er sieht, daß so hochgestellte Personen am Vorstandstisch sitzen? Unsere Genossen jedoch übersehen dies alles und glauben, daß darin die Leitung der breiten Masse bestehe.“

Sehr häufig lassen sich unsere Gewerkschaftsfunktionäre bei der Durchführung ihrer Anträge in den Generalversammlungen nicht davon lösen, daß diese Anträge wirklich von der Masse verstanden und ihr erläutert werden, für sie ist vielmehr das Bestreben maßgebend, daß ihr Antrag, koste es, was es wolle, durchgedrückt wird, und deshalb fürchten sie vor allem eine lebhaftere Erörterung. Aus diesem Grunde ist die einstimmige Annahme dieser Anträge oder dieser Listen bei den Wahlen häufig nur eine einfache Formalität und keineswegs ein Beweis für die Anteilnahme der breiten Massen an diesen Abstimmungen.“

Es ist aber besonders interessant festzustellen, was in der zweiten Fassung der Rede Andrejews unterdrückt ist und worüber ein russischer Gewerkschaftsführer, mag er selbst einer der Gewaltigen der kommunistischen Zentrale sei, offensichtlich nicht sprechen darf.

In der nicht zensurierten Fassung seiner Rede findet Andrejew scharfe und treffende Worte, um die Rechtlosigkeit der Arbeitermassen zu schildern:

„Meiner Auffassung nach müssen wir offen anerkennen, daß auf unseren Eisenbahnen beim Abbau der Angelegten und Beamten und bei Entlassungen aus diesen oder jenen Gründen einfach unerhörte Zustände herrschen. Ich kenne Fälle, wo Leute entlassen wurden, weil sie keine Mitgliedsbeiträge für die Rote Hilfe entrichteten, und ähnliche schändliche Fälle mehr. Deshalb glaube ich, daß 30 v. H. der Schuld an diesen unerhörten Zuständen der Passivität des Verbandes zuzuschreiben sind.“

Scharf geißelt der Redner den Feldzug, der systematisch gegen den Arbeitslohn geführt wird und in unzähligen Epizyden vom Lohn — bald für die „Rote Hilfe“, bald für den Bau der Luftlinie usw. — seinen Ausdruck findet:

„Nehmen wir nun die Frage der Arbeitstähigkeit. Ich frage Sie auf Ehre und Gewissen, ob wir wirklich die Arbeitslöhne schärfen oder den Arbeiter wie in früheren Zeiten ausplündern? Ich bin der Ansicht, daß wir ihn nach wie vor ausplündern. Ihr schüttelt den Kopf, ich sage aber, daß wir die Arbeiter entweder ausplündern oder bei dieser Ausplünderung mitwirken.“

Der Redner schilderte, wie er es vergeblich versucht habe, die Gewerkschaften durch die Presse zu bewegen, den Bureaucratismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen.

„Ich habe aus Anlaß dieser Frage einen Artikel in der „Pravda“ veröffentlicht; ich glaube, daß dieser Artikel der Sache einen kleinen Anstoß geben werde, weil die Frage von aktuellem Interesse ist. Aber bisher hat sich noch keine einzige Organisation aus Werk gemacht. Mir ist im Gegenteil ein Haufen unterdrückter illegaler Briefe aus der Redaktion der „Pravda“ zugekommen, in denen meinem Artikel zugestimmt wurde.“

Der Redner wies darauf hin, daß die schwere wirtschaftliche Lage der Eisenbahner sie daran hindert, sich an der Tätigkeit des Verbandes aktiv zu beteiligen:

„Die wirtschaftliche Lage des Eisenbahners ist außerdem viel zu schwer, als daß er voll und ganz am öffentlichen Leben teilnehmen könnte. Zu dem niedrigen Arbeitslohn kommt noch die ständige Drohung des Abbaus hinzu.“

Völlig sind diese Sätze allerdings nicht unterdrückt worden. Was ist aber von ihnen in der frisierten Fassung geblieben?

„Die wirtschaftliche Lage des Eisenbahners ist noch zu schwer, als daß er sich voll und ganz am öffentlichen Leben beteiligen könnte. Aber diese wirtschaftliche Lage bessert sich und wird sich auch weiter verbessern.“

Charakteristisch ist diese Abschwächung und dieses Zaudern selbst vor der Erwähnung der Tatsache, daß der russische Eisenbahner jederzeit der Gefahr ausgesetzt ist, ab-

gehaut zu werden. Charakteristisch sind auch zahlreiche weitere Veränderungen in dem Vortrag, die Furcht, das Wort Demokratie zu oft gebrauchen zu lassen (völlig läßt es sich nicht mehr ausrotten, so sucht man wenigstens seinen Gebrauch einzuschränken). Der ganze Vortrag mit dieser Unterdrückung und später zensurierten Rede illustriert grell das System der Rechtlosigkeit, unter dem die russische Arbeiterklasse leben muß.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Über nicht bei E. Zwietsch u. Co.

Die Arbeiterkassette der Firma E. Zwietsch u. Co. G. m. b. H., in Charlottenburg, hat sich aus eigenen Mitteln eine Fahne anfertigen lassen, auf die sie folgende Aufschrift setzen ließ:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.
E. Zwietsch u. Co., Charlottenburg.

Dies erliefte die Geschäftsleitung und sie ließ den Fahnenwart, der zugleich Obmann des Betriebsrates ist, wissen, er habe mit der Fahne zu erscheinen.

Große Entrüstung, als die Fahne vorgelegt wurde. Man dachte sich: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Darunter der Name der Firma! Konnte man nicht annehmen, es sei die Firma, die für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eintritt? Und noch dazu auf einer roten Fahne!

Da man der Firma nicht zumuten kann, in den „Verdacht“ zu kommen, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einzutreten, wäre sie berechtigt gewesen, von der Arbeiterkassette zu verlangen, die Aufschrift zu ändern. Statt dessen machten sich die beiden Firmeninhaber eines Eigentumsvergehens schuldig, indem sie die Fahne einfach — sagen wir — nahmen. Damit nicht genug, legten sie dem Betriebsrat einen Revers zur Unterschrift vor, „um die Angelegenheit außergerichtlich zu regeln“, indem sich der Betriebsrat verpflichten sollte, die Worte „E. Zwietsch u. Co.“ von der Fahne innerhalb vier Wochen entfernen zu lassen und die Fahne bis dahin nicht zu benutzen. Bis zur Entsernung der inkriminierten Worte bliebe die Fahne jedoch „im Gewahrsam der Firma“.

Wie die Entsernung der inkriminierten Worte „im Gewahrsam der Firma“ entfernt werden sollen, das anzugeben haben die Firmeninhaber jedoch vergessen. Darüber hinaus soll der Betriebsrat der Firma das Recht anerkennen, sie fristlos entlassen zu dürfen, wenn die vorgezeichneten Bedingungen nicht erfüllt würden. Außerdem müßte die Fahne nach Anbringung des neuen Textes der Geschäftsleitung vorgelegt werden.

Wir sind der Meinung, daß sich da die Inhaber der Firma E. Zwietsch u. Co. einer Reihe von Vergehen schuldig gemacht haben, die nicht nur geschwändlich sind, sondern sie auch für immer vor dem Verdacht schützen, irgend etwas mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu tun zu haben.

Der Streik im Altmetallhandel geht weiter.

Seit Freitag voriger Woche stehen die Arbeiter im Altmetallhandel im Streik. Verhandlungen, die am Freitag stattgefunden haben, führten zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis. Am Dienstag fanden auf Veranlassung des Schlichters abermals Verhandlungen statt. Nach stundenlangen Beratungen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, 3 R. je Woche Lohnzulage zu bewilligen. Die Sätze liegen aber wesentlich unter den sonst üblichen Sätzen des Transportgewerbes. Das Angebot wurde daher als zu gering bezeichnet. Eine Verständigung war nicht zu erzielen. Die Arbeitnehmer lehnten das Angebot einstimmig ab und beschloßen, weiter im Streik zu beharren. Zu erwähnen ist noch, daß die Firmen, die dem Berliner Arbeitgeberverband angeschlossen sind, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer ablehnten, während die unorganisierten Firmen die Forderungen reflexlos anerkannt haben.

Der Aerger der Durchgefallenen.

Aus der Anorr-Bremse, Oberspreewald, wird uns geschrieben: Zum dritten Male innerhalb eines knappen halben Jahres beschäftigt sich die „Rote Fahne“ mit dem Betrieb Anorr-Bremse, Oberspreewald. In der Nummer 131 vom 12. Juni wird gleich eine ganze Spalte gebraucht, um die angeblichen Mißstände anzudeuten, die durch das Verschulden der SPD-Funktionäre, insbesondere aber des Betriebsratsvorsitzenden Rohule entstanden sein sollen.

Es verlohnte sich kaum, auf die Subtel einzugehen. Niedriger gehängt zu werden verdient oder doch, in welcher hahnbüchener Art hier gelogen und verleumdert wird. Vorweg die Feststellung, daß vor der Reuewahl des Betriebsrates Ende März d. J. die Vorsitzenden der „Opposition“ dem alten Betriebsrat und besonders dem Vorsitzenden R. ausdrücklich erklärten, daß an der Geschäftsführung keinerlei sachliche Kritik geübt werden könne.

In dem Artikel wird behauptet, daß „oppositionelle“ Kollegen, die sich im Interesse der Belegschaft betätigen, gemahregelt würden. Zum Beweis für diese Behauptung werden die Namen von 4 Kollegen angeführt, die in den letzten Monaten zur Entlassung kamen. Hierzu ist zu bemerken, daß des Öfteren zur Vermeidung von Ueberstunden auf Verlangen des Betriebsrates eine 2. Schicht vorübergehend eingelegt wurde. Diese 2. Schicht wurde dann nach Erledigung der Mehrarbeit wieder entlassen. Dabei ließ es sich beim besten Willen nicht vermeiden, daß unter ungefährt 30 Entlassenen auch einige Kommunisten waren. Wie diese oppositionellen Kollegen auslachen, dafür einige Beispiele:

Der in der „R. F.“ benannte Revisor Sch. erkundigte sich in einer Betriebsversammlung bei einem SPD-Kollegen, ob er es wagen könne, in der Versammlung zu sprechen, ohne sich bei der Direktion unbeliebt zu machen. Der Revisor dreher K., ein besonders radikaler Kommunist, hat mit seiner Arbeitskraft in unerhörter Weise Raubbau getrieben.

Im Sperrdruck heißt es, daß die Ueberstunden einen erschreckenden Umfang annehmen, und daß in Abteilungsversammlungen der Betriebsrat für Ueberstunden spreche. Dazu folgende Feststellung: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden wöchentlich. Ueberzeitarbeit ist in den letzten 1½ Jahren nur in ganz wenigen Ausnahmefällen geleistet worden. Wenn in einem Falle in einer Abteilung in größerem Umfang Ueberstunden 3 Wochen lang geleistet wurden, so geschah dies gegen den Willen des Betriebsrates. Es ist auch noch nie von den SPD-Kollegen dem Betriebsrat der Vorwurf gemacht worden, daß er für Ueberstunden eintrete.

Wenn dann weiter gesagt wird, daß gute Anregungen von dem Obmann des Arbeiterrats in 5 Minuten abgewürgt würden, so ist damit gesagt, was der Zweck der ganzen Liebung ist. Die „guten Anregungen“ bestehen nämlich aus den fast täglichen Anforderungen, zu irgendwelchen politischen Ereignissen im Betriebe

Stellung zu nehmen. Dazu haben sich die Funktionäre des Werkes nie hergegeben. Insbesondere hat es der Arbeiterrat stets entschieden abgelehnt, im Betriebe die Partei-geschäfte der SPD zu verrichten. Aus der ohnmächtigen Wut einiger besonders „luchtigen“ Moskauer, deren Vorhaben, sich bei der SPD-Zentrale beliebt zu machen, im Betrieb Anorr-Bremse, Oberspreewald, immer wieder zunichte wird, erklären sich die Artikel in der „R. F.“

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Erhebend hat bei den meisten Kollegen gewirkt, daß die „R. F.“ erklärt, die Klassenbewußte Arbeiterkassette müßte daran denken, von außen her auf die Belegschaft des Werkes einzuwirken. Wie stellen sich die Revolutionsstrategen diese Einwirkung vor? Will sich etwa der Hindenburg-Transportarbeiter Thämann mit seinem Roten Frontkämpferbund nach der Anorr-Bremse, Oberspreewald, in Warsch legen?

Arbeitsvermittlung und Notstandsarbeit.

Uns wird geschrieben: In den Richtlinien für Notstandsarbeiter, herausgegeben vom Preussischen Wohlfahrtsministerium und veröffentlicht in Nr. 289 des „Vorwärts“, wird über ungenügende Leistungen der Notstandsarbeiter geklagt. Als Grund wird angegeben, daß die mit Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen bestrebt gewesen seien, ihre Leistungen der bisherigen niedrigen Entlohnung anzupassen. Das mag zum Teil zutreffen. Niedrige Entlohnung ist noch nie ein Ansporn zu außerordentlichen Leistungen gewesen.

Aber den Kern der Sache trifft dies nicht. Ursache der ungenügenden Leistung der Notstandsarbeiter ist vielmehr, daß zum Teil, wenn nicht zum größten Teil, ungeeignete Kräfte für Notstands- (d. h. Erd-) arbeiten herangezogen werden. Von den Unterstehenden beziehenden Erwerbslosen wird diese Arbeit kategorisch verlangt, ohne Rücksicht auf Beruf, Alter und körperliche Eignung. Wer erklärt, diese Arbeiten nicht machen zu können, dem wird die Unterstehung gelpert und er wird aufgefordert, sich vom Gewerbeamt unterziehen zu lassen. In Berlin wurden in den letzten Wochen Hunderte, vielleicht Tausende dazu aufgefordert, und der Gewerbeamt hat sich bereits ein allzuviel verbeten. Wenn der Andrang beim Amt zu groß ist, werden die Erwerbslosen zum Wiederkommen an einem anderen Tage aufgefordert und sie können dann oft fünf bis sechs Stunden, manchmal auch noch länger auf die Unterstehung warten.

Viele ziehen deshalb vor, um den Scherereien aus dem Wege zu gehen, die Notstandsarbeiten anzunehmen, auch wenn sie ihr nicht gewachsen sind. Sie arbeiten dann, so gut oder so schlecht, so lang oder so kurz es geht, und die Folge ist natürlich eine mangelhafte Leistung der Gesamtarbeiterkassette. Stellt aber der Amt die Unfähigkeit zur Erd- und Notstandsarbeit fest, dann ist es gewöhnlich mit der Kunst der Arbeitsvermittlung zu Ende. Der Betroffene erhält die ungenügende Unterstehung weiter und wird im übrigen seinem Schicksal überlassen.

Ob mit einem derartigen Vorgehen dem einzelnen und der Allgemeinheit gedient ist, kann doch wohl mit Recht bezweifelt werden. Rot tut, daß bei der Arbeitsvermittlung mehr als bisher individuell verfahren und für erwerbsbeschränkte Personen mehr als bisher passende Erwerbsmöglichkeiten geschaffen wird. Notstandsarbeit in bisheriger Weise ist sozial und wirtschaftlich unrichtig!

Drohender Lehrstreik in Oesterreich.

Wien, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag halten die niederösterreichischen Volkshochlehrer in der Volkshalle des Wiener Rathhauses eine Protestversammlung ab, da ihre Gehaltsforderungen nicht erfüllt wurden. Sie wollen am Freitag in ganz Niederösterreich streiken.

Litauen verzichtet auf Arbeitervertreter.

Kowno, 23. Juni (DE.). Da trotz der sozialdemokratischen Warnung die Regierung der Baltischen Arbeiter Ambrosaitis neben dem Regierungsvertreter Dr. Saunius als Arbeitervertreter zur Genfer Arbeitskonferenz geschickt hatte, hat die litauische Sozialdemokratie dem Arbeitsamt des Völkerbundes einen Bericht über die Verfolgung der Gewerkschaften in Litauen zugehen lassen. Auf Grund dieses Berichts haben die Vertreter Frankreichs, Letlands und Belgien einen Protest beantragt, worauf die beiden genannten Vertreter Litauens auf ihre Mandate verzichteten.

Der Arbeitskonflikt im englischen Bergbau.

London, 24. Juni. (TL.) Der Kündigung des Arbeitsvertrages im englischen Bergbau seitens der Arbeitgeber und der bevorstehenden Konferenz aller Arbeiterverbände legt man die größte Bedeutung bei. Der gewerkschaftliche Mitarbeiter der „Daily News“ hält den Konflikt für nicht so bedrohlich. Der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft hätte sich für Verhandlungen mit den Arbeitgebern ausgesprochen. Allerdings wäre er für ein völlig neues Arbeitsabkommen eingetreten. Der Exekutivanschuß der Bergarbeiter beschäftigt sich heute mit den Grundlinien der Verhandlungen, die er der Delegiertenkonferenz unterbreiten will. Auf dieser soll die Verhandlungsbasis gemeinsam festgelegt werden. Das Unterkomitee der Bergwerkbessigerorganisationen ist ebenfalls zusammengesetzt. Morgen wird das Zentralkomitee seine Beschlüsse fassen.

Wichtig. SPD-Mitglieder. Generalversammlungsbeschluss!
Alle SPD-Delegierten müssen am Freitag zur Generalversammlung gehen. Die Konferenz der Partei ist von solchen Genossen zu beschließen, die nicht Delegierte sind. Das Betriebssekretariat.

Deutscher Bergarbeiterverband. Kohlegruppe der Köpfer. Freitag 5½ Uhr Mittagsbesprechung bei Pätz, Sandberger Str. 11. Die Kohlegruppenleiter.

SPD-Funktionäre der Metallindustrie. Die endgültige Entscheidung der SPD über den Streiksporn vom 2. Mai liegt nunmehr vor. Die SPD-Funktionäre werden am Freitag abend 8½ Uhr im Reichshof, Neue Königstr. 30, am Reichshofplatz, zu einer Sitzung einberufen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist physisches Erscheinen aller SPD-Funktionäre unbedingt erforderlich. Die Mitbesitzer des SPD-Arbeitskreises treffen sich bereits am 3. Uhr im gleichen Lokal.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend: Zeitweilig heiter, darübernehmend häufig bewölkt bei wenig geänderter Temperatur. Keine erheblichen Regenfälle. — Für Deutschland: Im Rüttengebiet größtenteils bewölkt und zeitweilig leichte Regenschauer, in Mittel- und Süddeutschland meist trocken.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Helmut Selernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Giermer; Redaktion: Dr. John Schilling; Kallias und Schaffner; Frau R. R. R.; Anzeigen: Dr. Giermer; Redaktion: Berlin. Berlin: Bismarck-Platz 10, G. m. b. H., Berlin. Druck: Bismarck-Platz 10 und Bismarck-Platz 10, G. m. b. H., Berlin. Berlin 68, Lindenstraße 3, Stern 2 Beilagen. „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.



Bad Ems

Empfohlen von den bedeutendsten Aerzten durch die Jahrhunderte

bei Erkrankungen der Luftwege (Katarren, Asthma, Emphysem, Folgezuständen von Grippe, Rückständen von Lungen- und Rippenfellentzündung, Katarren der Verdauungs- und Unterleibsorgane, Frauenleiden, Herz- und Kreislaufstörungen, Glrit und Rheumatismus)

Natürliche kohlensaure Bäder, Inhalation, Pneumatische Kammern, Staatliche ärztliche Untersuchungsanstalt mit den neuesten Einrichtungen. Alle Kurmittel, Vielseitige Unterhaltungen und Sport jeder Art.

Konzerte, Oper, Schauspiel, Festveranstaltungen, Wasser- und Kurbäder, Beleuchtungen, Tennis, Hockey, Schmalen, Ruder- und Segelsport, Motorboote, Jagd und Fischerei, Bergbahn, elektrische Wasserräder, in das Rhein-, Mosel- und Lahntal, Taunus, Westerwald, Hunsrück, Eifel.

das weltberühmte
Heilbad,
die historische
Erholungsstätte.

Die einzigen warmen alkalisch-muriatischen kohlensauren Heilquellen Deutschlands.

Einreise und Aufenthalt unbehindert.
Personalwagen (der Ortshöhe) mit Lichtbild oder Reisepaß genügt.

Zimmer mit voller Verpflegung von RM. 5 an.
BAD EMS ist D-Zug-Station der Strecke
Coblenz-Gießen-Berlin (77 km von Coblenz).
Rheindampfer halten in Coblenz, Ober- und Nieder-Lahnstein.
Druckschriften kostenlos durch die Staatliche Bade- und Brunnenverwaltung BAD-EMS.



Gefangenen- und Entlassenenfürsorge



Kronmeyer

Gefängnisse sollen die Gesellschaft vor Rechtsverletern schützen. Bis vor kurzem galten sie aber als Brutstätten neuer Verbrecher. Und heute? Der moderne Strafvollzug will den Menschen bessern. Lehrer, Gefängnisbeamte, Geistliche und selbst spezielle Fürsorger haben die Aufgabe, an der inneren Umwandlung des Gefangenen zu arbeiten. Die Einsamkeit der Zelle, das Gefühl der Verlassenheit, macht ihn dem Mitleidempfinden und dem verstehenden Worte zugänglich. Neue über ein verhehltes Leben, Hoffnung und Zuversicht, nach wiedergewonnener Freiheit ein neues zu beginnen, erfüllen ihn. Doch die besten Absichten gerieten oft in nichts, wenn nach Jahren künstlicher Isolierung von den zermürbenden und stärkenden Einflüssen des Lebens, der eben noch Gefangene plötzlich wieder auf sich selbst gestellt wird und nun den für ihn tausendfältig erschwerten Kampf ums Dasein wieder aufnehmen muß, zudem mit dem Wafel der Strafe behaftet und von keiner Seite gestützt. So entsteht für die Gefangenen die Pflicht, dem Entlassenen zu Hilfe zu kommen, ihm den Weg der Einordnung ins bürgerliche Leben zu bahnen. Sie hat gewissermaßen das an ihm wieder gutzumachen, was sie nicht selten selbst an ihm verschuldet hat.

In England.

Diese einfache Wahrheit hatte bereits vor einhundert Jahren der Engländer Howard begriffen, als er der Entlassenenfürsorge als einem Zweige der allgemeinen Gefangenenfürsorge das Wort sprach. Elizabeth Fry, genannt der „Engel der Gefangenen“, bemühte sich praktisch um die „Sträflinge“, auch Lord Shaftesbury nahm regen Anteil an dieser Arbeit. Als dann im Jahre 1857 die Deportation der Verurteilten eingestellt wurde und die Strafen im Mutterland selbst verbüßt werden mußten, auch die bedingte Entlassung eingeführt war, da entstanden besondere Fürsorgevereine, die sich der entlassenen Strafgefangenen annahmen. Der Staat gewährte ihnen Zuschüsse, die, laut Parlamentsbeschluss, im Jahre 1878 auf 80 000 M. jährlich festgelegt wurden. Hinzu kamen noch Einnahmen von Stiftungen, die bereits im Jahre 1896 40 000 M. betragen. Die Zahl der Fürsorgevereine wuchs von Jahr zu Jahr. Es gab schließlich kein Gefängnis, das nicht mit einem solchen in Verbindung gestanden hätte. In London rief man eine Zentralkommission ins Leben, alljährlich wurden Konferenzen abgehalten. In jeder Gefängniszelle war die Adresse des Vereins zu lesen, seine Mitglieder durften die Gefangenen bereits vor der Entlassung besuchen, der Arbeitslohn wurde dem Verein direkt übermietet; er übernahm auch die Schulaufsicht — im Jahre 1896 gab es bereits 39 007 bedingte Verurteilte. Im Oktober 1897 wurde eine Verordnung erlassen, die die Tätigkeit der Fürsorgevereine regelte und ihnen zur Pflicht machte, in all den Fällen, wo gesetzlich keine Schulaufsicht vorliegt, das Leben der Entlassenen im Laufe von sechs Monaten schützend und führend zu überwachen. Im Jahre 1911 wurde dann eine Zentralfürsorgevereine geschaffen.

In Deutschland.

Eine ähnliche Entwicklung nahm, mehr oder weniger erfolgreich, die Gefangenenfürsorge auch in anderen Ländern. Schon im Jahre 1878 bezeichnete sie der Gefängnisforscher in Washington als unentbehrliche Ergänzung einer gedeihlichen Gefängnisreform. Der Kon-

gress stellte die Forderung auf, daß die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge erweitert, nach wie vor privat aufgezogen und mit staatlichen Mitteln versehen werden solle. In Deutschland hatte die Engländerin Fry Anhänger gefunden: im Jahre 1828 wurde in Düsseldorf die Rheinisch-Westfälische Gefangenengesellschaft gegründet, die neben anderen wichtigen Gefängnisreformen auch die Entlassenenfürsorge befürwortete. In den verschiedensten Städten entstanden Fürsorgevereine, die größtenteils eines konfessionellen Charakters nicht ent-



Entlassen — was nun?

behrten. Die einzelnen Staaten begünstigten diese Entwicklung. So regulierte ein preussischer Erlass im Jahre 1895 die Verwendung von Strafgebern und machte den Fürsorgevereinen zur Pflicht, Hand in Hand mit den Strafvollzugs- und Polizeibehörden zu arbeiten, wenn nötig auch Nachforschungen über die Familienverhältnisse der

Gefangenen anzustellen. Ein weiterer Erlass aus dem Jahre 1900 erklärte es als zulässig, die Polizeiaufsicht durch Schulaufsicht des Vereins zu ersetzen und die Ausweisung bei erfolgter Schulaufsicht zurückzustellen. Auch wurde den Vereinen ein Zuschuß in Höhe von 34 000 M. genehmigt. Zu wiederholten Malen, so in den Jahren 1902, 1906, 1909 war das Problem der Entlassenenfürsorge Gegenstand der Landtagsdebatten; selbst die Schaffung eines speziellen Staatskommissariats ist gefordert worden — das letztemal im Jahre 1913. Solch eine Zentralfürsorge bestand seit 1909 in Bayern unter dem Namen „Zentralfürsorge für Gefangenenfürsorge“. Der Weltkrieg und die Inflationszeit haben selbstverständlich auch auf dieses Gebiet der Wohlfahrt verhängnisvoll eingewirkt. — In Berlin geht die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge auf das Ende der 40er und den Anfang der 50er Jahre zurück. Den Anstoß gaben die verschiedenen Frauenvereine, die ihren geistlichen Zuspruch in den Gefängnissen selbst auf die Betreuung entlassener weiblicher Strafgefangener ausdehnten. (Diese Tätigkeit blieb in den Anfängen stecken.) Die Fürsorge für männliche Strafgefangene hatte die Stadtmission übernommen, sie wurde dann in den nächsten Jahren vom Verein zur Besserung der Strafgefangenen ausgebaut. Er hatte seinen Sitz in der Brunnerstraße, gewährte den Entlassenen mannigfaltige Unterstützung, suchte und fand Verbindung mit den Arbeiterkolonien, konnte aber im großen und ganzen den Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, nur in geringem Maße gerecht werden. In den letzten Monaten des vorigen Jahres trat die Zentrale Arbeitsgemeinschaft für freie und öffentliche Wohlfahrt — so heißt die Vereinigung aller Berliner Wohlfahrtsvereine — und der frühere Verein zur Besserung der Strafgefangenen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und eröffnete in den alten Räumen, Brunnerstraße 1, eine Stelle für Gefangenenfürsorge. In Wirklichkeit treibt sie Entlassenenfürsorge.

Das Tätigkeitsfeld der Entlassenenfürsorge.

Fünf Monate Entlassenenfürsorge — am 1. Januar hat sie ihre Tätigkeit aufgenommen — ist eine zu kurze Spanne Zeit, um irgendwelche bestimmte Schlüsse zu ziehen. Soviel steht jedoch fest: die Arbeitsgemeinschaft befindet sich im großen und ganzen auf dem richtigen Wege — das empfinden auch ihre Schützlinge. Sie wird über den ungeheuren Anforderungen, welche die volle Entfaltung ihrer Tätigkeit an sie stellen muß, nur durch zielbewußten und konsequenten Ausbau der allgemeinen Hilfsarbeit und der Schulaufsicht gerecht werden können. Diese wird im Augenblick in der Hauptstadt von zwei Fürsorgern und einem Leiter bewältigt. Zur Ausbesserung stellen die freien Wohlfahrtsvereine jeden Tag zwei freiwillige Helfer, in der Regel Frauen, die die verschiedensten Aufträge der Stelle erledigen. Schon im Monat Februar hatte sie 585 Besuche zu verzeichnen. Die Zahl ist für März ungefähr die gleiche geblieben. Etwa 1/3 von den Besuchten sind ehemalige Strafgefangene, ein Fünftel bilden Untersuchungsgefangene, alles fast ausschließlich Männer. Alle Gefängnisse wurden angewiesen, die Gefangenen bei der Entlassung auf ihre Tätigkeit aufmerksam zu machen. Eine Prüfungnahme des Fürsorgers mit dem Gefangenen vor seiner Entlassung geschieht in der Regel nicht. Ist der Gefangene außerhalb Berlins anständig, so kommt die Gefängnisverwaltung für die Bahnkarte auf. In gleicher Weise hat sie für seine Einkleidung zu sorgen. Erklärt der Gefangene, daß er nach der Entlassung die Gefangenen-

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Travena.

Copyright 1925 by B. Travena, Columbia, Tamauulpan, Mexico.

Die Sonne stand schon sehr tief, und es mußte ungefähr fünf Uhr sein.

Wir sahen uns deshalb nach einem Lagerplatz um. Bald fanden wir eine Stelle, wo seitlich in dem Busch hinein hohes Gras stand. Wir rissen schnell von dem Gras aus, wie wir Platz zum Lagern brauchten. Dann zündeten wir ein Feuer an und brannten den Rest des Grases nieder, wodurch wir uns Ruhe vor Insekten und triefendem Getier für die Nacht verschafften. Eine frisch gebrannte Grasfläche ist der beste Schutz, den man haben kann, wenn man nicht mit den Ausrüstungsstücken eines Tropenreisenden wandert.

Ein Kampfeuer hatten wir, aber es gab nichts zum Kochen, denn wir hatten kein Wasser.

Da kam der Chin mit einer Literflasche voll kaltem Kaffee hervor. Wir wußten nichts davon, daß er einen so wertvollen Stoff mit sich führte. Er machte den Kaffee heiß, und bereitwillig hat er uns allen zu trinken an. Aber was ist ein Liter Kaffee für sechs Mann, die ohne einen Schluck Wasser zu haben einen halben Tag in der Tropensonne gewandert sind, vor morgen früh um sieben oder acht Uhr ganz bestimmt auch nichts Trinktbares haben werden und vielleicht die nächsten 36 Stunden genau so wenig Wasser finden werden, wie sie heute nachmittags gefunden haben! Der Busch ist das ganze Jahr hindurch grün, aber Wasser findet man dort nur in der Regenzeit an günstigen Stellen, wo sich Lämpel bilden können.

Nur wer selbst im tropischen Busch gewandert ist, weiß, was für ein Opfer es war, das der Chin uns bot. Aber keiner sagte „Danke!“, jeder betrachtete es als selbstverständlich, daß der Kaffee in Teile ging. Wahrscheinlich hätten wir es genau so selbstverständlich gefunden, wenn der Chin den Kaffee allein getrunken hätte. Nach einem halben Tag Wanderung in wasserlosem Landstrich raubt man noch nicht für einen Becher Kaffee; aber am dritten Tage beginnt man ernsthaft Nord zu fassen im Busch für eine kleine rostige Konservendose voll stinkender Flüssigkeit, die man Wasser nennt, obgleich sie keine andere Ähnlichkeit mit Wasser hat, als daß sie eben Flüssigkeit ist.

Antonio und ich hatten etwas hartes Brot zu knabbern. Gonzalo hatte vier Mangos und der große Nigger einige

Bananen. Der kleine Nigger ab irgendwas ganz verstopfen. Was es war, weiß ich nicht.

Der Chin hatte ein Stück Zellstuch, daß er über seinen Schlappelz spannte. Dann wickelte er sich in ein großes Handtuch ein, auch den Kopf, und begann zu schlafen.

Gonzalo hatte seine schöne Dede, in die er sich einrollte, so daß er wie ein Baumstamm ausah.

Ich wickelte mir den Kopf in einen zertumpten Lappen ein, den ich stolz „mein Handtuch“ nannte, und schlief los.

Wie sich die übrigen einrichteten, weiß ich nicht, weil die noch lange um das Feuer herumhingen und rauchten und schwachten.

Vor Sonnenaufgang waren wir schon wieder auf dem Marsch. Abzutuchen gab es nichts, und waschen brauchte man sich auch nicht. Denn womit hätte man es tun sollen?

Der Weg durch den Busch war weite Strecken hindurch schon wieder zugewachsen. Der Nachwuchs der jungen Bäume reichte uns oft bis über die Schultern, und der Grund war mit Kaktusstauden so dicht bewachsen, daß diese stacheligen Pflanzen zuweilen beinahe die ganze Breite des Weges einnahmen. Meine nackten Unterschenkel waren bald so zerschnitten, als wenn sie durch eine Hackmaschine gezogen worden wären.

Gegen Mittag kamen wir an eine Stelle, wo sich rechts des Weges ein Stachelstrauch hinzog, der uns die Gewißheit gab, daß hier eine Farm liegen müsse.

Als wir etwa zwei Stunden lang, immer den Stachelstrauch zur rechten Hand, gewandert waren, kamen wir an eine weite offene Stelle im Busch, die mit hohem Gras bewachsen war. Als wir den Platz absuchten, fanden wir auch eine Hühnerne. Aber sie war leer. Einige morsche Pfähle, alte Konservendbüchsen, verrostetes Wellblech und ähnliche Ueberbleibsel einer menschlichen Behausung zeigten uns eine verlassene Farm.

Ueber eine solche Enttäuschung muß man rasch hinwegkommen. Farmen werden hier gegründet, zehn, auch zwanzig Jahre lang bewirtschaftet und dann aus irgendeinem Grunde plötzlich aufgegeben. Fünf Jahre später, oft schon früher, ist kein Zeichen mehr davon vorhanden, daß hier jemals Menschen gelebt und gearbeitet haben. Es erweckt den Anschein, als seien es hundert Jahre her, seit jemand hier gelebt hat. Der tropische Busch begräbt rascher, als Menschen bauen können; er kennt keine Erinnerung, er kennt nur Gegenwart und Leben.

Aber um vier Uhr kamen wir doch an eine lebende Farm. Hier wohnte eine amerikanische Familie.

Ich wurde im Hause gut bewirtet und fand auch ein Lager innerhalb des Hauses. Die übrigen als Nichtweisse, wurden auf der Veranda beschäftigt und durften in einem Schuppen übernachten. Sie bekamen alle reichlich zu essen, aber ich war der eigentliche Gast. Mir wurde aufgetischt, wie eben nur in einem so menschenarmen Lande einem Weißen von weissen Gastgebern aufgetischt werden kann. Drei verschiedene Fleischgänge, fünf verschiedene Beigerichte, Kaffee, Schokolade und abends heißen Kuchen.

Am nächsten Morgen bekamen wir alle ein reichliches Frühstück; ich am Tische des Farmers.

Der Farmer hatte genügend leere Flaschen, und so bekamen wir jeder einzelne eine Literflasche kalten Tee mit auf den Weg.

Er nannte Mr. Shine und sagte uns, daß wir noch etwa sechzig Kilometer zu marschieren hätten. Kein Wasser am ganzen Weg; die Straße an verschiedenen Stellen kaum noch erkennbar, weil sie seit drei Jahren nicht mehr benutzt worden sei.

Um 9 Uhr hatte der kleine Nigger Abraham seinen Tee schon ausgegunkten und die Flasche fortgeworfen. Es war ihm zu lästig, sie zu tragen. Wir erklärten ihm, daß er unter diesen Umständen von uns nichts zu erwarten habe, und wenn er versuchen sollte, auch nur einen Schluck zu stehlen, würden wir ihn braun und blau schlagen.

An diesem Abend im Lager war es, wo Abraham zwar keinen Tee stahl, aber jenen Streifen geirrtmetes Rindfleisch, das Antonio gehörte. Da sich unsere Drohung nur auf Tee bezog, ließen wir ihn laufen mit der Warnung, daß von nun an jeder Raub in unsere Drohung einbegriffen sei.

Den folgenden Tag gegen Mittag kamen wir bei Mr. Shine an.

Mr. Shine empfing uns mit einer gewissen Freude, weil er nicht genügend Leute zum Baumwollpflücken hatte.

Ich nahm er persönlich ins Gebel. Er rief mich ins Haus und sagte mir: „Was! Sie wollen auch Baumwollpflücken?“

„Ja“, sagte ich, „ich muß, ich bin vollständig „broke“, das sehen Sie ja, ich habe nur Fieber am Leibe. Arbeit ist in den Städten keine zu haben. Alles ist überschwemmt mit Arbeitslosen aus den States, wo die Verhältnisse augenblicklich auch nicht rosig zu sein scheinen. Und wo man wirklich Arbeiter braucht, nimmt man lieber Eingeborene, weil man denen Löhne zahlt, die man einem Weißen nicht anzubieten mag.“ (Fortsetzung folgt.)

Fürsorge aufzufuchen bereit ist, so erhält er nur einen Teil seiner Arbeitsbezahlung ausgezahlt. Das Uebrige wird dann der Fürsorgestelle überwiesen und kann in diesem Fall bis auf 15 M. erhöht werden. Erfahrungsgemäß erscheinen die Entlassenen hier erst nach drei bis vier Tagen, — in der Regel, wenn ihnen das Geld ausgegangen ist. Sie haben im Asyl für Obdachlose oder sonst wo übernachtet, sind nicht selten wieder mit ihrer alten Umgebung in Verbindung getreten. Nun heißt es den Entlassenen irgendwo unterbringen (im Asyl der Heilsarmee, in der Herberge zur Heimat, im Frauenasyl in der Dr. Frankfurter Straße, in der Uebergangsstation in Cantow, in der Arbeiterkolonie Hoffmannsplatz usw., für seine Ernährung zu sorgen, durch den Arbeitsnachweis Arbeit zu schaffen — er genießt hier gleich den Erwerbsbeschränkten den Vorzug —, die Verbindung mit seiner Familie herzustellen, — sofern dies nicht bereits durch die Gefängnisverwaltung geschehen ist, — die Saisonalstellen zu bezahlen, bis zur ersten Lohnauszahlung für seinen Unterhalt aufzunehmen, ihn mit Werkzeug zu versehen, ev. sein Gepäck auszulösen oder seine verpänderten Sachen aufzukäufen oder dergl. mehr. Dies alles erfordert Mittel, die vorläufig noch sehr beschränkt sind. Die Schutzaufsicht ist vorläufig nur in etwa sechs Fällen übernommen worden. Die Fürsorge für die Trinker übt sie durch den Guttemplerorden aus. Die Betreuung der Familien der Entlassenen überläßt sie den Bezirkswohlfahrtsämtern, ebenso die weitere Sorge für die Entlassenen selbst. In bezug auf die Verfolgung des weiteren Lebens der Rückfahrenden begnügt sie sich damit, durch mitgelieferte frankierte Postkarten eine Benachrichtigung zu ermöglichen. Die Bemühungen, jeden Fall individuell zu behandeln, scheitern zum Teil an den unzureichenden Hilfsmitteln.

Weitere Aufgaben.

Die Entlassenenfürsorge ist darauf angewiesen, mit der Gefängnisfürsorge und der Gefängnisverwaltung Hand in Hand zu arbeiten. Der Idee nach bildet sie gewissermaßen die Fortsetzung der Erziehungsbildung des Strafvollzuges, der u. a. mit Hilfe spezieller Gefängnisfürsorgereine die eigentliche Fürsorge der Gefangenen und ihrer Familien übt; die neuen Grundzüge des Vollzuges von Freiheitsstrafen vom Jahre 1923 machen der Gefängnisverwaltung zur direkten Pflicht, sich der zur Entlassung Kommenden anzunehmen; demgemäß müßte auch die Entlassenenfürsorge bereits im Gefängnis ihren zukünftigen Schutling und seine Beziehungen zur Außenwelt kennen lernen, in die Gefängnislokalien Einblick nehmen, die Personalkenntnis der Gefängnisverwaltung sich zu eigen machen, gemeinsam mit ihr die weitere Lebensgestaltung des Entlassenen bestimmen. Noch richtiger wäre es natürlich, wenn der im Gefängnis tätige soziale Fürsorger auch den Entlassenen zu betreuen hätte. Dieser soll noch unter dem Eindruck der wiedergewonnenen Freiheit, den Fürsorger ausführen, nicht erst zwei bis drei Tage in der Stadt herumtummeln. Er soll aus dem Gefängnis kommend direkt in dem Heim der Entlassenenfürsorge Unterkunft finden und nicht erst einige Nächte in fragwürdigen Herbergen verbringen. Das schwerste aller Probleme bildet augenblicklich die Arbeitsbeschaffung. Jeder Gefangene müßte bereits vor seiner Entlassung mit Arbeit in der Freiheit versorgt sein. Die momentane Arbeitslosigkeit, eine der hauptsächlichsten Quellen der Kriminalität, wird auch zur Ursache der Rückfälle. Hier gilt es für die weiten Massen der Bevölkerung, insbesondere für die Wertmeister der großen Unternehmen, der Fürsorgestelle weitgehendst entgegenzukommen. Auf die Unternehmer selbst sind absolut keine Hoffnungen zu setzen. Solange die übertriebene Scheu vor dem Bestraften besteht, ist die Tätigkeit der Entlassenenfürsorge wenigstens zum großen Teile zur Unfruchtbarkeit verdammt. Besonders schlecht sind die geistigen Berufe daran. Es genügt aber nicht, sich auf die Sorge um das leibliche Wohl des Entlassenen zu beschränken; er will und muß auch dauernd moralisch gestützt werden. Das wird aber nur die Hilfsbereitschaft einer genügenden Anzahl verständiger Männer und Frauen ermöglichen. Die Fürsorge muß entsprechend dem individuellen Falle und dem Wohnbezirk jedesmal den freiwilligen Helfer wählen können. Nur unter solchen Umständen wäre es auch möglich, die Übernahme der amtlich übertragenen Schutzaufsicht auszubauen. Bei Lösung der Frage der freiwilligen Helfer hätte gerade die Arbeiterwohlfahrt ein tüchtiges Stützwerk zu leisten.

Die Entlassenenfürsorge ist nicht allein an einem modernen Strafvollzug, sondern auch an einer Strafrechtsreform interessiert. Je weniger von der Freiheitsstrafe Gebrauch gemacht wird, je energischer die Sicherungsmassnahmen gegen Geistesranke, Alkoholiker, Arbeitsscheu und Gewohnheitsverbrecher durchgeführt werden, um so mehr wird sie von unfruchtbarer Arbeit entlastet. Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, der Sicherungsmassnahmen, bedingte Entlassung, Schutzaufsicht und Wirtshausverbot vorzieht, setzt den weiteren Ausbau der Entlassenenfürsorge voraus. Ohne sie würden diese Gesetz auf dem Papiere bleiben. So erscheint es notwendig, daß der Staat, ohne die private Initiative einzuschränken, dafür sorgt, daß überall nach englischem Muster mit genügenden Mitteln versehenen Entlassenenfürsorgestellen entsänden. Jeder Pfennig, der für die Fürsorge gespart wird, kostet eine Warte im Strafvollzug. Das größte Unglück jedoch ist, daß die Massen der Bevölkerung den Problemen des Strafvollzuges und der Entlassenenfürsorge so geringes Verständnis entgegenbringen. Es gilt, dem amerikanischen Beispiele folgend, eine großzügige Agitation in die Wege zu leiten; etwa wie in den Vereinigten Staaten einmal im Jahre an einem bestimmten Tage in Volkerversammlungen und in den Kirchen die Bevölkerung über Verbrechen und Strafen, über ihre Pflichten gegen gekrauchte Menschen aufzuklären. Solch ein alljährlich durchgeführter „Gefängnis-Tag“ würde in Zukunft den Tag der wiedergewonnenen Freiheit für den Sträfling zum Tag der Hoffnung auf neues Leben werden lassen.

„Schwarz-Rot-Gold — ein Vereinsabzeichen.“

Zu der mit dieser Ueberschrift gedachten Mitteilung im „Vorwärts“ Nr. 287 vom 20. Juni ds. Js., schickt uns der darin genannte Amtsgerichtsrat Mühlhaus vom Schöffengericht Pantow folgende Zuschrift:

„Es ist unwar, daß der betreffende Zeuge darauf hingewiesen hat, daß es sich um „die Farben des Reiches, der Republik“ handele, und daß er sogar „den betreffenden Passus der Verfassung zitiert“ hat. Unwar ist auch, daß ich die Farben der Reichsrepublik als solche als Vereinsabzeichen bezeichnet oder hingestellt habe. Der Vorgang hat sich vielmehr in folgender Weise abgespielt: Nachdem ich bereits einen mit der Reichsbannerabzeichen erschienenen Zeugen um Abnahme dieses politischen Abzeichens ersucht hatte und dieser dem Ersuchen auch ansichtslos nachgegeben war, kam ein anderer Zeuge (ebenfalls Reichsbannermitglied, wie festgestellt war und Sie ja auch berichten) mit einem schwarzrotgoldenen Bändchen im Anopfloch. Da ohne weiteres anzunehmen war, daß er das Band nur als Zeichen seiner Zugehörigkeit zum Reichsbanner trug, richtete ich das gleiche Ersuchen an ihn, worauf er erklärte, „er könne das doch tragen und trage es immer“. Ich erwiderte ihm, daß es sich bei ihm doch offenbar lediglich um ein Abzeichen seiner Zugehörigkeit zum Reichsbanner handele, und daß ich das Tragen von politischen Abzeichen durch Zeugen im Gerichtsaal nicht dulden könne, zumal wenn, wie in diesem Falle, eine politische Straftat zur Verhandlung stehe. Ich fügte hinzu, daß durch solche politische Kundgebungen die beim Gericht unbedingt erforderliche Unparteilichkeit gefährdet würde und gerade auch im Interesse des Zeugen selbst das Ablegen des Zeichens vor Gericht liege, damit er sich nicht dem Verdacht der Parteilichkeit aussehe. Ich bemerkte ferner ausdrücklich, daß ich das Tragen politischer Abzeichen vor Gericht von seiner Seite, weder von rechts noch von links, zuließe, und wies den Zeugen schließlich noch auf sein Recht hin, sich bei meiner vorgelegten Dienststelle über mich zu beschweren. Nach diesen Erklärungen entfernte der Zeuge das Bändchen ohne jeden weiteren

Widerspruch. Hochachtungsvoll Dr. Mühlhaus, Amtsgerichtsrat und Schöffengerichtsvorsitzender.“

Herr Amtsgerichtsrat Dr. Mühlhaus bestätigt also, daß er den Zeugen genötigt hat, das schwarzrotgoldene Bändchen abzuliegen. Er bemängelt nur ein paar Nebenangaben, — gleichgültig, ob unsere Darstellung oder die seinige richtig ist — an dem Kern der Sache nichts ändern. Unklar bleibt, warum „ohne weiteres anzunehmen war“, daß der Zeuge „das Band nur als Zeichen seiner Zugehörigkeit zum Reichsbanner trug“. Herr Amtsgerichtsrat Dr. M. sagt, der Zeuge habe ihn nicht darauf hingewiesen, daß es sich um „die Farben des Reiches, der Republik“ handele. Was wäre hiermit für den Herrn Amtsgerichtsrat gewonnen? Es bedurfte ja gar nicht eines solchen Hinweises, da er selbstverständlich ohnedies wußte, daß die Farben der Republik Schwarz-Rot-Gold sind. Er erklärt, er habe nicht die Farben der Republik als Vereinsabzeichen bezeichnet oder hingestellt. Alles das schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß er das Band, das weiter nichts als die Farben der Republik auswies, im Gerichtsaal nicht geduldet hat. Kennt der Herr Amtsgerichtsrat einen Richter, der in den Zeiten der Monarchie gewagt hätte, im Gerichtsaal einem Zeugen ein schwarzweißrotes Band zu unterlegen? Zweifelt jemand, daß selbst dann, wenn das schwarzweißrote Band unbestreitbar als ein Vereinsabzeichen zu erkennen gewesen wäre, kein Richter daran Anstoß genommen und seiner die Befolgung verlangt hätte? Im übrigen — mit welchem Recht will überhaupt ein Richter sich gegen ein so wenig auffälliges „Vereinsabzeichen“ wehren? Wird dadurch vielleicht die Ordnung im Gerichtsaal gefährdet? Herr Amtsgerichtsrat Dr. Mühlhaus sagt, daß „durch solche politische Kundgebungen, die beim Gericht unbedingt erforderliche Unparteilichkeit gefährdet würde“. Dieser Rede Sinn ist so dunkel, daß man um eine Erläuterung dazu bitten möchte. Wessen Unparteilichkeit soll denn durch ein schwarzrotgoldenes Bändchen gefährdet sein?

Am Grabe Rathenaus.

Die Gedächtnisrede des Reichsbanners.

Nach langer Zeit ein herrlicher Abend, warm und regenfrei. Durch die östlichen Vororte Berlins wälzen sich unübersehbare Menschenmassen: Reichsbanner, Arbeiter, Kleinbürger — sie alle pilgern am dritten Jahrestag der Ermordung des großen Walter Rathenau zu seinem Grabe. Das Erdbegräbnis der Familie Rathenau in Oberschöneweide ist reich geschmückt. Das Kuratorium der Rathenau-Stiftung, Frig. v. Unruh, das Reichsbanner, der Betriebsrat der AEG. und zahllose andere Organisationen und Persönlichkeiten haben Kränze mit schwarzrotgoldenen Schleifen niederlegen lassen. Eine Ehrenwache des Reichsbanners steht bereits seit dem frühen Morgen an der Pforte. Schwarzrotgoldene Fahnen halten sie in der Hand und Schwarzrotgold ist am Abend überall zu sehen. Schwarzrotgold ist das Rednerpult drapiert, Schwarzrotgold leuchtet zwischen den Bäumen und Büschen des alten Kirchhofes auf, Schwarzrotgold auf der großen Wiese, die die Heimat der Toten umgibt und auf der Tausende und aber Tausende versammelt sind. Längst zeigt die Uhr auf 8, längst versinken im weichen Abendhimmel die Sterne und Schornsteine der AEG., die jahrelang unter Rathenaus Leitung standen. Da eröffnet die Reichsbannerkapelle die Feier mit einem Trauermarsch, singt der 12. Bezirkschor vom Arbeiterfängerbund ein Lied von Flemming und schließlich ergreift der Abg. v. Richtig den Wort:

Rathenau war ein Charakter von unübertroffener Art, aber er war auch ein großer Staatsmann, einer der wirklich die Gabe besaß, Führer der Nation zu sein. Die Deutschen nennen sich gern das Volk der Dichter und Denker, nun, Walter Rathenau, war gewiß einer, der in sich die Fähigkeit zu tiefem Denken mit der göttlichen Gabe der Phantasie zu vereinen wußte. Er lebte auf der Erde und besaß doch einen weiten Blick, der den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes zum großen Segen hätte reichen können. Rathenau kannte das Wirtschaftsleben unseres Staates wie kaum ein anderer und vor seinem Blick hielt nicht stand, was nicht wahr und klar war. Für uns war er nach dem verlorenen Kriege der gegebene Mann, der notwendige Führer, der wie kein anderer geeignet war, die schweren Probleme der Politik zu lösen. Rathenau war es, der Deutschland in Genua in hervorragender und würdevoller Weise wieder in den Rat der Völker eingeführt hatte und Rathenau zeigte außenpolitische Bahnen auf, die ihm zwar zum Verhängnis wurden, die aber Jahre später Leute, die früher seine stärksten Gegner waren, selber zu beschreiten gezwungen sind. Nicht nur bei uns lebt Walter Rathenau fort — das ist eine Selbstverständlichkeit —, sondern auch gerade bei seinen früheren Feinden. Rathenaus Ideen leben fort in dem Versuch, mit unserem Nachbar im Westen zu einer dauernden Verständigung zu kommen. Diese Idee wird aber nur dann glücklich verwirklicht werden können, wenn Männer für sie arbeiten, die zumindest von dem Geiste eines Walter Rathenau einen Hauch verspürt haben. Der große Gedanke ist restlos nur dann durchzuführen, wenn wahre Friedensliebe und wahres Vertrauen ihn tragen. Das große Ziel nationaler Freiheit und das Ziel eines einigen Mitteleuropas verlangen ein starkes, demokratisches, republikanisches Deutschland. Schutz der Republik — das sei das Gelübnis des Reichsbanners an dieser historischen Stätte, die Rathenaus irdische Reste birgt. — Zu Ehren des Toten lenkten die Fahnen und dann lauschte man ergriffen und doch von starkem Willen erfüllt dem Chor: „Das heilige Feuer schüren wir“.

Ein gemaltiger Demonstrationsszug bewegte sich dann durch die Straßen Niederschöneweides, längst war es dunkel, als noch zahllose Fackeln den Himmel leuchteten.

Gestern war Walter Rathenaus Todestag. Gestern sandte der Berliner Rundfunk wie sonst sein Unterhaltungsprogramm. Aber was hätte näher gelegen, als daß man in wenigen Worten auch des großen Toten gedacht hätte oder daß ein wenig aus dem imposanten Werk Rathenaus vorgelesen worden wäre? Man hört bereits den Einwand, der Rundfunk darf weder Parteipolitik treiben noch irgend etwas tun, was Parteipolitisch zu verstehen wäre. Doch wer wird behaupten wollen, daß Walter Rathenau jemals als Staatsmann noch Parteipolitiker gewesen wäre? Wer will und wer kann den Nachweis erbringen, daß der Minister jemals etwas unternommen hätte, das ihm persönlich oder einer ihm nahestehenden Gruppe, nicht aber der Republik diente? Aber das ist es eben: Rathenau war nicht nur Jude, was an sich schon schlimm genug ist, er war Republikaner und das Bekenntnis zur Republik wird von ihren Gegnern, und nicht nur von Unrichtern, zu gern noch als parteipolitische Einstellung ausgelegt. Der Rundfunk will nicht nur der Unterhaltung dienen, sondern auch dem Staate. Der Staat von 1923 aber ist eine Republik, und Republikaner war Rathenau. Es war unpatriotisch, eines der Besten der Nation gestern nicht zu gedenken.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Auch Dienstag und Mittwoch sind wieder viele Veranstaltungen zu Wasser geworden — sofern sie nicht im Wasser stattfanden. Die Schwimmerveranstaltungen konnten restlos durchgeführt werden, wenn auch der Besuch nur schwach war. Eines der größten sportlichen Ereignisse des Dienstags war das Polizei-Werbe-sportfest. Bereits am Sonntag fanden auf dem Polizei-Sportplatz Haffener Straße die Vorkämpfe in den Hauptkämpfen auf dem Tiergarten-Sportplatz statt. Hier hatte sich trotz des Wetters ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden, das sich von den Sportmannschaften der Polizei gute Leistungen versprach. Es wurde auch keineswegs enttäuscht. Beim Stabhochspringen, Distanzrennen und Laufen wurde Erstaunliches geleistet. Die Mannschaften führten dann auch auf dem Gebiete der Körperkultur Freiübungen, Bog-

schieße und Postzeigriffe vor. Reiterportliche Vorführungen, die gute Bilder boten, wurden durch den reich gespendeten Beifall der Zuschauer belohnt. Unter den Anwesenden konnte man u. a. den Polizeipräsidenten Gen. Orzeszinski, Oberbürgermeister Böß, den japanischen Botschafter, Vertreter des Reichswehrministeriums und Mitglieder der Stadtbehörden beobachten. Eine große Kapelle der Polizei sorgte für musikalische Unterhaltung. — Das im Rahmen der Berliner Sportwoche gestern bei Kroll geplante Gartenfest ist in Anbetracht der unsicheren Wetterverhältnisse auf Montag, den 29. Juni, nachm. 4 Uhr, verlegt worden. Das Programm wird ungekürzt beibehalten. Am Mittwoch wurden an der Schloßbrücke in Charlottenburg Schwimmkonkurrenzen ausgetragen, die durch einen Damenreigen und ein Wasserballspiel umrahmt waren. Im kleinen Tiergarten fanden Jiu-Jitsu-Kämpfe statt, die von der zahlreich erschienenen Bevölkerung mit Interesse verfolgt wurden. Man zeigte rein sportliche Kämpfe, dann aber auch die Abwehr von Angriffen auf Einzelpersonen und Gruppen.

Der Mädchen-Lustmord.

Wer hat das Kind auf dem Bahnhof Carow gesehen?

Zu dem Verbrechen an der kleinen Senta Eder wird weiter mitgeteilt: Wenn die wichtige Zeugin, über deren Bekundungen wir gestern berichteten, sich nicht irrt, und das scheint nicht der Fall zu sein, so hat die kleine Senta am 8. Juni, dem letzten Ferienstage, den Eisenbahnzug um 10 Uhr 16 Min. vormittags von der Station Gesundbrunnen aus benutzt und ist um 10 Uhr 30 Min. auf dem Bahnhof Carow, nicht Blankenburg, ausgefahren. Mit der Kleinen sind nach den weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei etwa 20 bis 30 Personen ausgestiegen und haben den Bahnhof verlassen. Einige von ihnen werden sicherlich das Kind, vielleicht auch schon während der Fahrt, von einem Nebenobst 3. Klasse aus gesehen haben. Senta Eder ist vom Bahnhof aus in südlicher Richtung, in der Richtung nach der Laube der Eltern hin, am Bahndamm entlang und durch die Rudelsburgstraße gegangen. In dieser Straße ist zu der Zeit auf der Straße, so weit sie vom Bahnhof aus in südlicher Richtung gepflastert ist, eine Frau in dunklem Rock und Umschlagetuch, die einen etwa 8 Jahre alten Jungen mit Sockenmütze an der Hand führte, gesehen worden. Etwas später ging hinter dieser Frau eine zweite her, die einen gekümmten Rock und um die Stirn ein gelbeschwarzes Tuch trug, das hinten zusammengeknüpft war und wahrscheinlich in Zipseln herunterhing. Diese Frau ist vermutlich in die Kronholzer Straße eingegangen. Eine dritte Frau, etwa 1,55 Meter groß, mit spitzer Nase und schwächlichem kränklichen Gesicht, die des Weges kam, wurde von der einen Frau nach dem Wege nach Franz, Buchholz gefragt. Sie antwortete mit kräftlich klingender Stimme u. a. daß sie selbst noch einen ziemlich weiten Weg habe. Sie müsse noch über Blankenburg hinaus. Diese Frauen, wie auch die anderen von den 20 bis 30 Personen, die den Bahnhof verlassen und das Kind gesehen haben, werden dringend ersucht, sich umgehend bei der Nordkommission, den Kommissaren Werneburg-Abrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Zoo-Schmerzen.

Abgelehnte Blasmusik. — Zu hohe Eintrittspreise.

Zu Beginn der gestrigen ordentlichen Generalversammlung des Alliierten Zoologischen Garten entspann sich eine mehrere Stunden dauernde Debatte über Kleinigkeiten, die den Zoologischen Garten betreffen. J. B. über die Akustik des neuen Musikpavillons, über die Frage, ob es zweckmäßig sei, Streich- oder Blasmusik im Zoologischen Garten konzertieren zu lassen und noch verschiedenes andere. Interessant war, daß die Einführung von Blasmusik der Militärkapellen von der Vermoaltung mit der Befürchtung politischer Demonstrationen abgelehnt wurde. Es habe sich gezeigt, daß von Militärkapellen dauernd Militärmärsche verlangt wurden und daß diese Anlaß zu Kundgebungen politischen Charakters gegeben hätten. Aus der Debatte ist dann noch erwähnenswert, daß nach Mitteilung der Vermoaltung heute die letzten Tiere der abessinischen Expedition angekommen seien und daß vom Fiskus die Zulassung gegeben sei, dem Zoologischen Garten nachweislich 4 1/2 Morgen (10 600 Quadratmeter an der Lichtensteinallee gegen eine Pachtsumme von 5300 M. zu überlassen. Im Jahre 1924 hatte der Garten 1089 Abonnenten, im laufenden Jahre sind es bis jetzt 1493. Erörterungen entspannen sich dann über die Frage des Eintrittspreises, die von der Öffentlichkeit bemängelt wurden. Es heißt, daß die Stadt Berlin beabsichtige, ihren Zuschuß für den Zoologischen Garten zu ermäßigen, wenn nicht eine Verringerung des Eintrittspreises vorgenommen wird. Das könne nicht geschehen, erklärte die Vermoaltung, wegen der Höhe der Lustbarkeitssteuer. Außerdem seien ja für eine ganze Reihe von Gruppen Ermäßigungen erfolgt. Klassen von Schulkindern könnten den Zoologischen Garten unter Führung ihrer Lehrer zum Preise von 11 Pf. besuchen. Dieser Preis soll allmählich auf 5 Pf. herabgesetzt werden. Studierende, Lehrervereine, sachwissenschaftliche Vereinigungen haben ebenfalls ermäßigte Eintrittspreise. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1924 eine Einnahme von zirka 2 Millionen Mark. Darunter für Eintrittsgelder etwas über 1,5 Millionen Mark. Der Gewinn von zirka 600 000 M. wird vorgetragen. In den Ausschussrat wurde u. a. anstelle des verstorbenen Bürgermeisters Ritter sein Nachfolger Bürgermeister Schulz gewählt.

Der Wiking-Mörder vor dem Schwurgericht.

Wegen der Tötung des Reichsbannermanns Erik Schulz am Tage vor der Reichspräsidentenwahl auf dem Bayerischen Platz wird sich am 8. Juli vor dem Schwurgericht des Landgerichts II das Mitglied des Wiking-Bundes, Landwirtschaftsbediente Alfred Rehnig, zu verantworten haben. Die Anklage gegen ihn lautet auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Herder.

Gegenwartskultur und religiöser Sozialismus. Unter diesem Gesichtspunkt veranstaltet der Bund religiöser Sozialisten in Neufölln in der Aula der Oberrealschule in der Umier Str. 133 drei öffentliche Vortragsabende. Das einleitende Referat wird jeweils von Genossen Schriftleiter Erik Köppler gehalten werden. Der erste Abend findet am Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, statt. Es soll die Stellung des religiösen Sozialismus zu Staat, Kirche und Nationalismus behandelt werden. Der Eintritt ist frei.



LAXIN

— und die Dose kostet nur R.-M. 1.20

Beginn des Zollkampfes im Reichstag.

Schliebens „Begründung“. — Die Parteien äußern Bedenken.

Der Reichstag trat gestern in die erste Lesung der Zollvorlage ein.

Reichsfinanzminister v. Schlieben:

Es kann nicht bestritten werden, daß unser jetzt geltender Zolltarif veraltet ist. Es sind jetzt 24 1/2 Jahre her, daß dieser Zolltarif hier im Reichstage zur Annahme empfohlen wurde. Daher entspricht auch die Gliederung unseres Tarifs nicht mehr den Bedürfnissen, das gleiche gilt von der Höhe der einzelnen Tarifsätze. Hierzu kommt, daß das Ausland seine Zollschutzmauern bis zur schwindelnden Höhe emporgeführt hat. Die Einfuhrverbote können nur noch eine kurze Lebensdauer haben. Sie müssen verschwinden, wenn unsere Verträge, Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einzureihen, Erfolg haben sollen. Wir müssen eine Grundvorlage zu Tarifverhandlungen mit andern Ländern erhalten. Die Regierung legt daher Wert darauf, daß die Vorlage mit allergrößter Beschleunigung erledigt wird (Lachen links), da sonst die schon eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen zum Stillstand kommen müssen. Die Reichsregierung hat bei der Verfolgung ihres Ziels, den Zolltarif zu modernisieren, sich auf das Beschränkte, was in kurzer Zeit erreichbar ist. Sie hat die Gliederung des Tarifs nur dort geändert, wo ein unausschießbares wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Es muß aufgeräumt werden, so erklärt der Minister weiter, mit dem Rest der Kriegsmassnahmen. Während für einen großen Teil der Erzeugnisse sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft die aus dieser Zeit stammende Zollfreiheit wieder beseitigt worden ist, sind es jetzt im wesentlichen nur noch die Gruppen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Getreide, Vieh, Fleisch, Felle, Gemüse, Eier, Milchprodukte und Zucker, für die die Zollfreiheit und damit eine große Lücke im Schutz der deutschen Wirtschaft besteht. Es ist die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung, durch

Wiedereinführung agrarischer Zölle

(Leb. Widerspruch links) folgenden beiden wichtigsten Zielen zu entsprechen: 1. das notwendige Maß an Zollfreiheit in Form von Verhandlungszöllen zu schaffen, die wir brauchen, um mit andern Ländern, namentlich Ländern bedeutender landwirtschaftlicher Produktion, unserer Ausfuhr förderliche Tarifverträge abzuschließen zu können, 2. aber, was noch wichtiger ist, der Landwirtschaft als einem so überaus bedeutsamen Faktor der nationalen Arbeit denjenigen Schutz zu sichern, der ihr aus Gründen der Volkswirtschaft gegenüber den Industriezöllen gewährt werden muß, wenn nicht eine gefährliche Störung des Gleichgewichts die Folge sein soll (Beifall rechts, Lachen links). Es geht nicht um die weitegehende Rücksichtnahme auf die Verbraucherschaft (lautes Lachen links), deren dauerndes Interesse doch mit dem Bestehen einer intensiven und leistungsfähigen Landwirtschaft durchaus verbunden ist. (Zustimmung rechts, erneutes Lachen links).

Der Minister verweist auf die einzelnen Paragraphen der Vorlage und fährt fort: Die Mindestzölle als System, d. h. den Minimaltarif lehnt die Reichsregierung ab. Sie hält grundsätzlich an dem Einheitstarif fest. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein starker Handelsvertragsgegner sich mit dem autonomen aufgestellten Minimaltarif nicht begnügt, sondern Verdrängung seiner besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse durch Gewährung eines besonderen Ausnahmetarifs verlangt. Was man aber im System vermerken muß, das kann als Ausnahme nützlich und sogar notwendig sein. Solche Notwendigkeit nimmt die Reichsregierung für die Mindestgetreidezölle an. Sie lassen eine Sicherheit dafür, daß ein gewisser Zollschutz der Landwirtschaft auf die Dauer gewährleistet ist. Ohne die Festsetzung autonomer ermäßigter Zölle für eine gewisse Ubergangszeit würden aber für die wichtigen Lebensbedürfnisse die vollen Sätze des autonomen Tarifs unvermittelt zur Geltung kommen, und das würde, wenn die Spekulation sich dieser günstigen Gelegenheit bemächtigte, zu einer plötzlichen unredlichen Verteuerung der Lebensmittel und zu schweren Störungen des Wirtschaftslebens führen.

Bei der Frage des Einfuhrzollsystems

handelt es sich um eine sehr verwickelte Frage, die unter Hinzuziehung der beteiligten Wirtschaftskreise noch gründlich geprüft werden muß. (Abg. Höllein: Niebesgabe!) Die Reichsregierung wird jedoch an die Neuregelung des Einfuhrzollsystems sofort nach Verabschiedung der Vorlage herantreten. Der Minister betont nochmals die große Bedeutung der Vorlage für die deutsche Produktion und die deutsche Handelspolitik. Das bereits unterzeichnete Handelsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, das inzwischen dem Reichsrat zugegangen ist, beruht auf den im Entwurf vorgesehenen Zollsätzen, die gleichfalls den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Italien zugrunde gelegt werden. Zur Erzielung eines günstigen Abchlusses dieser Verhandlungen sowie zur Aufnahme und Fortführung langjähriger Handelsvertragsverhandlungen ist die schnellste Verabschiedung der Vorlage unbedingt erforderlich. Namens der Reichsregierung bitte ich daher, die notwendigen Beratungen im Plenum und in dem Ausschuss so zu fördern, daß die Vorlage unter allen Umständen noch vor den Sommerferien Gelegenheit erlangt. (Beifallsgarantien rechts, Widerspruch links.)

Hierauf eröffnete Gen. Wiffel die Debatte mit einer Rede, die wir im Hauptteil des Blattes wiedergeben.

Abg. Thomßen (Dnat.): Die schleunige Verabschiedung der Vorlage ist dringend notwendig. Wir werden zu prüfen haben, ob die Vorlage die Gewähr bietet, das mit ihr verfolgte Ziel zu erreichen. Sie berücksichtigt nicht die Interessen eines Standes, sondern des ganzen Volkes. Auf der einen Seite ist jetzt die Industrie durch Schutzzölle geschützt, auf der anderen entbehrt die Landwirtschaft dieses Schutzes. Diese Disparität muß das Gleichgewicht der Wirtschaft stören. Die Zukunft unserer Industriebevölkerung hängt durchaus von der Produktivität und Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft ab. Unsere Handelsbilanz kann verbessert, die Lebenshaltung verbilligt werden. Der überflüssig verteuerte Zwischenhandel muß beseitigt, die Luxusinjubel beschränkt werden;

die vorgesehenen Zölle sind als Verhandlungszölle ungeeignet. Der Abschluß von Handelsverträgen mit gleitenden Zollsätzen ist kaum denkbar. Alle Verträge mit Reichsbegünstigung werden auf dem Rücken und auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen. Wir dürfen uns nicht durch langfristige Handelsverträge binden, sondern wir brauchen autonome Tarife. (Sehr wahr!) Die Frage Schutzzoll oder Freihandel ist für uns kein Dogma; wir müssen uns entsprechend unseren Bedürfnissen einrichten. Der Redner erinnert an eine Rede von Karl Marx vom 8. Januar 1849 in Brüssel, an deren Schluß es heißt: Im allgemeinen ist heutzutage das Schutzollsystem vorzuziehen, während das Freihandelsystem zerkleinernd wirkt. Es zerstört die Rationalität und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze, mit einem Wort, es zerstört die Nationen. Und in diesem Sinne stimme ich für den Freihandel. (Hoch, hoch!) rechts. Värm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Delfauer (Z.): Das Zentrum steht in dem Zolltarif ein unermessliches, ein notwendiges Mittel, das Handelsverträgen zu gelangen. Die Landwirtschaft leidet schwer. Eine starke Landwirtschaft, die einen großen Teil der Volksernährung leistet, ist unermesslich notwendig. Unsere Schwerindustrie muß erhalten werden, damit sie einen großen Teil unseres Bedarfs wieder decken

kann; unsere verarbeitende Industrie muß so behandelt werden, daß sie wieder wettbewerbsfähig mit dem Ausland wird. Der Zolltarif muß geändert werden, zu einer organischen Einheit werden; unsere Industrie braucht eine solche gezielte Basis.

Das Zentrum will nicht den Berufsstand einem anderen preisgeben, sondern Schutz für die Industrie und für die Landwirtschaft haben.

Wir wollen also mitarbeiten und rasche Arbeit machen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Ap.): Die Vorlage ist so dringlich, daß sie unumgänglich bis zum Herbst hinausgezogen werden kann. Hoffentlich kommt im Winter die große Zollvorlage; hier schaffen wir nur etwas Vorkäufliches und dieser Umstand könnte über manche Meinungsverschiedenheiten hinweghelfen. Die Verhältnisse haben sich im Vergleich zu der Vorkriegszeit grundlegend geändert. England sieht sich infolge des Zurückbleibens seiner Wettbewerbsfähigkeit gezwungen, zum Schutz Zoll zu erheben. Die technische Entwicklung Amerikas ist uns überlegen. Die Steigerung der Produktion vervielfacht sie zugleich.

Wir arbeiten mit 30 bis 40 Proz. Leerlauf in unserer Industrie.

Wir können unsere Schulden an das Ausland nur bezahlen, wenn wir exportieren können, also unsere Produktion steigern. Deutschland kann innerhalb des balkanisierten Europas die amerikanischen Arbeitsmethoden nicht nachmachen, weil ihm der große Markt fehlt. Unsere Handelsbedürfnisse zwingen uns also zum Vergleich mit anderen Staaten. Solange eine europäische Zollunion nicht möglich ist, kann Deutschland seine eigenen Zollbahnen nicht verlassen. Wir können nichts anderes tun als an dem Zustandekommen der europäischen Zollunion zu arbeiten, die sich übrigens keineswegs gegen Amerika richten würde.

Wir halten die deutsche Schutzpolitik für notwendig, und zwar für Industrie und Landwirtschaft. Die Landwirtschaft braucht ihre Zölle, damit sie in der Lage ist, die Industriezölle mit zu tragen.

Die Kaufkraft der Landwirtschaft muß gehoben werden, weil sie die größte Abnehmerin der Industrie. Auch unsere Fraktion spricht sich für die Annahme der Vorlage und für die schnelle Verabschiedung derselben aus. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rosenbergs (Romun.): Gestern hat sich auch der Reichsverband der Deutschen Industrie gegen gebundene Agrarzölle ausgesprochen. Die Industrie wird ihre Ernte in die Scheuern bringen, die Herren vom Landbau werden die betrübten Lohrgerber sein. Ist es richtig, daß die deutschen und französischen Schwerindustriellen sich auf der Basis verständigt haben, daß die französische Industrie ein bestimmtes Kontingent Rohstoffen zum halben Zollsat bis eins inführen kann und dafür mit dem System der Eisenzölle einverstanden ist, wie es in dieser Zollvorlage festgesetzt ist? Dann wäre ja ein bedeutender Abschnitt unseres Zolltarifs bereits festgelegt. Der Konzern Otto Wolff hat es durch seine Beziehungen im Wirtschaftsministerium verstanden, für gewisse Bleche, die er allein fabriziert, eine neue Zollposition in die Vorlage einzuschleusen, die ihm einen Ertragsprozent verschafft. Auch andere Konzerne haben im Wirtschaftsministerium Zölle durchsetzen können, die für sie besonders günstig sind. Die Kommunisten könnten im Interesse der unterdrückten Arbeitnehmer die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt nicht annehmen. (Zustimmung links.)

Abg. Fehr (R. Ap.) gibt namens der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir halten die Vorlage eines Gesetzes über Zölle für eine Notwendigkeit. Die deutschen Zölle müssen selbstverständlich alle Wirtschaftszweige umfassen, also auch der Landwirtschaft, als der Grundlage der gesamten deutschen Wirtschaft, den notwendigen Zollschutz geben. Dabei soll aber auch auf die Verbraucherschaft die erforderliche Rücksicht genommen werden, sowie auf Handel und Gewerbe. In sachlicher Arbeit im Ausschuss müsse die wichtige Aufgabe der deutschen Zölle eine Lösung finden. (Beifall rechts.)

Abg. Horlacher (Bav. Ap.) unterbreicht die Notwendigkeit der Zollvorlage und legt sich dabei besonders für die Landwirtschaft ein. Erforderlich sei ein tragbares Kompromiß zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Wohle des deutschen Volkes. (Zustimmung rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erhebt Einspruch dagegen, daß der handelspolitische Ausschuss sich schon am Donnerstag mit der Zollvorlage beschäftigen solle, ohne daß der Gesetzentwurf an den Ausschuss verwiesen sei.

Vizepräsident Graef stellt fest, daß eine Beratung im Ausschuss unzulässig sei, solange die erste Lesung im Plenum nicht beendet sei. Gegen 7 1/2 Uhr nahm die Weiterberatung auf Donnerstag 2 1/2 Uhr vertagt.

Aus dem Landtag.

Verhinderung des Antrags auf Wirtschaftsbefreiung für untere Beamte. — Annahme des Gesetzes auf Verschiebung der Provinzialwahl.

Im Landtag beantragten gestern vor Eintritt in die Tagesordnung die Kommunisten, die beabsichtigte Umbildung der Preussischen Regierung, bei der die Zentrumspartei den „Ruhändler“ spiele, im Plenum zu besprechen. Der Antrag scheiterte, da Widerspruch erhoben wird.

Hierauf wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung an die Beamten der sechs untersten Besoldungsgruppen in Höhe von 100 M., bei dem in der Abstimmung am Dienstag sich die Beurlaubenfähigkeit des Hauses sich herausgestellt hatte, in der vom Beamtenausschuss dem Antrag gegebenen Fassung mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Linksparteien, denen sich einige Zentrumsmitglieder anschließen, auf Antrag Schmieding (Z.) dem Hauptausschuss überwiesen.

Nach einer weiteren Debatte über den Domänenhaushalt nimmt das Haus die Wiederholung der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf vor, durch den die

Wahlzeit der Provinziallandtage

und der Kreisstage und ihrer Mitglieder bis zum 1. November 1925 verlängert wird. Bei den früheren Abstimmungen hatte die Rechte durch Nichtbeteiligung an der Stimmabgabe die Nichtbeteiligung des Landtags herbeigeführt.

Mit 223 Stimmen gegen 48 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der einzige Artikel des Gesetzentwurfes in dritter Lesung angenommen und darauf das Gesetz im ganzen.

Hierauf erfolgen die ausstehenden Abstimmungen über den Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Entschlüsse werden im wesentlichen angenommen. Das Staatsministerium soll ersucht werden um Einwirkung auf die Reichsregierung, daß diese beschleunigt einen Gesetzentwurf über die Neuordnung des sozialen Pachtgesetzes vorlegt. Annahme findet auch der Antrag Pösch (Z.), auf Gewährung von Krediten und Steuererleichterungen an die Wäpzer und Abänderung der Zollsätze für Wein, Gemüse und Obst im spanischen Handelsvertrag beim Kündigung des letzteren.

Auch der sozialdemokratische Antrag auf Verlegung einer Nachweisung über die Ergebnisse der Auflösung der Fideikommiss wurde angenommen, ferner der Zentrumsantrag auf Umänderung der Pachtordnung auf vor dem 1. März 1924 abgeschlossene Pachtverträge.

Nach Erledigung der Reste aus der Beratung der Gesundheitsverwaltung wurde die unterbrochene Beratung des Domänenhaushalts mit einer Debatte fortgesetzt, die keine wesentliche neuen Gesichtspunkte brachte. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertagte sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatungen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Schutz den Spekulanten!

Dürftige Zukunftswechsel für die verarmten Reichsgläubiger.

Reichsbankpräsident Schacht hatte kürzlich im Aufwertungsausschuss des Reichstages auf die Frage, ob eine völlige Streichung des Reubessiges an öffentlicher Anleihe dem Kredit des Reiches im Ausland nachteilig sein würde, mit einem klaren Nein geantwortet. Für die sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss gab diese Erklärung den entscheidenden Anstoß zu dem Antrag, den aus spekulativen Absichten erworbenen Reubessig zum Austausch der alten Markanleihen in die neu geplante Anleiheabschließung auszuwählen. Dadurch wäre das Deutsche Reich, da seit dem 1. Juli 1920, den die Regierung als Stütze für die Unterbrechung von Alt- und Reubessig vorschlägt, rund 50 Goldmillarden Reichsanleihe den Befreiungsweg haben, von dieser Schuld entlastet worden und seine Bewegungsfreiheit in der Zukunft für die völlig verarmten Altbesitzer wäre in Zukunft entsprechend größer. Da an der Spekulation in deutscher Anleihe in den letzten Jahren das Ausland stark beteiligt war, wäre diese Schuldentlastung Deutschlands zum erheblichen Teil zu Lasten von Ausländern erfolgt. Man hätte meinen sollen, daß eine Rechtsregierung und die Rechtsparteien, die sich über den vom Ausland uns auferlegten Tribut mit Worten so gern empören, dem sozialdemokratischen Antrag mit Freuden zustimmen würden. Das Gegenteil aber trat ein. Mit 10 gegen 10 Stimmen lehnten die Regierungsparteien den Antrag ab, nachdem sie zuvor von der Erschütterung des Vertrauens zur Börse und von der Untergrabung der Kreditfähigkeit des Reichs gesprochen hatten, die der Antrag im Gefolge haben würde. Abg. Reil (Soz.) hielt der Regierung, die so argumentierte, entgegen, daß sie ehrliebe Ansprüche aus der Kriegs- und Vorkriegszeit, die mit entwerteten Papierfellen erfüllt wurden, in großem Umfang für erloschen erkläre, dem Spekulantentum aber ihre eifrigste Fürsorge zuwenden. Auch davon sprachen die Regierungsvertreter, daß die Börse nach dem Erscheinen der Regierungsvorlage mit der Aufwertung des Reubessiges habe rechnen können und daß man ihr jetzt keine Enttäuschung bereiten dürfe. Reil antwortete, die Börse habe es sich selbst zugeschrieben, wenn ihre vor der Entscheidung des Reichstages betriebenen Spekulationen sich als falsch erwiesen. Lieber den Börsenspekulanten als den verarmten Gläubigern eine Enttäuschung bereiten. Aber alle Beweisgründe prallen an der Mehrheit ab; sie gewährte den Spekulanten ihren befürworteten Schutz.

Eine weitere bedeutsame Entscheidung traf der Ausschuss, indem er einen sozialdemokratischen Antrag ablehnte, wonach den Altbesitzern ein Zins von 5 Proz. der neuen Anleiheabschließung gewährt werden sollte. Da die Abschließung nach dem sozialdemokratischen Antrag im Verhältnis von 20 Proz. erfolgen sollte, würde der Altbesitzer 1 Proz. des ursprünglichen Nennbetrages seiner Anleihe als Zins bekommen haben. Die Regierungsparteien beschloßen, den Altbesitzern — abgesehen von der Verzugsrente an die Bedürftigen — keinen Zins zu geben, sondern sie nur auf die Tilgungsauslösung zu verweisen, die in 30 Jahren vor sich gehen soll. Bei der Auslösung, die den Gläubiger im ersten oder auch erst im dreißigsten Jahr berücksichtigen kann — das hängt vom Zufall ab —, soll er statt 1000 M. ganze 125 M. bekommen und dazu jährlich 4,5 Proz. Zins, der aber bis zur Auslösung angehäuft werden soll.

Die lebhaften Einwände unserer Genossen Ströbel, Reil und Leber, daß mit einem derartigen Wechsel auf die Zukunft den hungernden Gläubigern der Gegenwart nicht geholfen sei, wurden von Hergt (Dnat.) abgetan mit dem Hinweis auf die Veräußerlichkeit des Auslösungsrechts. Die Regierung mußte aber bekennen, daß der Kurswert eines solchen Auslösungsrechts höchstens 4,5 Proz. des ursprünglichen Kapitalbetrages erreicht. Wahrscheinlich wäre der Kurswert noch viel niedriger. Nach dem gefassten Beschluß kann der Gläubiger hoffen, in einer ungewissen Zukunft einmal 12,50 Proz. seiner Kapitalforderung und 0,56 Proz. Zins zu bekommen. Nach dem sozialdemokratischen Antrag hätte er sofort 1 Proz. Zins und ein Auslösungsrecht von 20 Proz. seines Kapitalbetrages bekommen. Aber für diesen Antrag ist, so sagen die Regierung und ihre Parteien, kein Geld da. Für die Ruhrfönige war es da!

Am Aufwertungsausschuss des Reichstages wurde am Dienstag der sozialdemokratische Antrag, soweit er die Umwandlung der Reichsanleihe in Anleiheabschließung zu 20 Proz. statt zu 5 Proz., wie die Regierung vorschlägt, begreift, mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Sparprämienanleihe von 1919 wird auf Antrag Philipp (Dnat.) statt zu 2 1/2 Proz. zu 3 1/2 Proz. umgewandelt, d. h. für 1500 M. Sparprämienanleihe werden 50 M. Anleiheabschließung ausgegeben. Eine ausgiebige und politisch sehr bedeutsame Debatte drehte sich um den sozialdemokratischen Antrag, den Reubessig, der in den Inflationsjahren in der Hauptrolle aus spekulativen Absichten erworben worden ist, von der Aufwertung auszuschließen. In dieser Debatte waren wieder einmal die Rollen vollkommen vertauscht. In scheinbarer Angst vor den ausländischen Spekulanten, in Wahrheit aus Sorge für die inländischen Börsianer, setzte sich die Regierung für die Umwandlung des ganzen papiernen Spekulationsbessiges in Reichsmarkanleihen ein. Ministerialdirektor von Brandt sprach in diesem Zusammenhang allen Ernstes von der Bohrung von Treu und Glauben gegenüber den Spekulanten und vergah dabei ganz, was aus Treu und Glauben derjenige wird, die während des Krieges den Versicherungen Glauben geschenkt haben, daß die Kriegsanleihe absolut sicher sei.

Während die Vertreter der Regierungsparteien den Standpunkt der Regierung unterstützten und dabei die Rücksicht auf die ausländischen Anleihekäufer, die doch gewisse Hoffnungen auf die deutsche Anleihe gesetzt hätten, immer wieder betonten, traten die Abgeordneten Reil (Soz.), v. Richthofen (Dnat.) und Rosenbergs (Romun.) nicht nur für die Ausschließung des Reubessiges von der Umwandlung, sondern für deren völlige Annullierung ein. Sie erwarteten, die Rücksicht aufs Ausland sei in diesem Falle völlig unverständlich. Es handele sich nicht darum, den Reubessig im Ausland für erloschen zu erklären, sondern den Reubessig schlichtweg, gleichgültig ob er in inländischen oder ausländischen Händen sei. Diese Redner konnten sich auch auf den Reichsbankpräsidenten berufen, der kürzlich erklärt hatte, daß die Streichung der ganzen deutschen Markanleihe oder auch nur des Reubessiges die Kreditfähigkeit Deutschlands im Ausland nicht herabsetze. In einer Abstimmung über diese Frage kam es noch nicht, weil die Regierungsparteien sich nicht klar darüber waren, was sie tun sollten. Angenommen würde ein Antrag Reil, wonach die Regierung bis zur zweiten Lesung eine Gegenüberstellung der Entwicklung des Dollarkurses und des Anleihekurses während der letzten vier Jahre vorlegen soll.

Wirtschaft

Ententeindustrie gegen Dawes-Plan. Reparationen und Schutzpolitik.

Von dem Kongress der internationalen Handelskammern in Brüssel werden heftige Angriffe der interalliierten Industrie und volkswirtschaftlichen Sachverständigen gegen die Auswirkungen des Dawesplans gemeldet, weil die Sachleistungen sowohl als die Barleistungen, wenn sie in Warenlieferungen sich ausdrücken, die Industrien der Gläubigerländer gefährden. Insbesondere das frühere Mitglied des Dawes-Komitees, Sir Josiah Stamp, der englische Volkswirtschaftler, äußerte sich sehr nachdrücklich über die ungünstigen Folgen der Ausführung des Dawesplanes und den Konflikt zwischen den industriellen Interessen einerseits und den nationalen und finanziellen Interessen der Gläubigerstaaten andererseits. Er fragte sich voll Sorge, so führte er aus, ob dieser Zustand der Dinge während 20 oder 30 Jahren fortzuauern soll. Entweder wolle man Reparationszahlungen, oder man wolle sie nicht. Wenn man sie wolle, müsse man dauernd auf wieder aufbauende Zusammenarbeit bedacht sein. Jede einschränkende Schutzmaßnahme müsse die Tendenz und das Ergebnis haben, Reparationen zu erschweren und in weitem Umfang angewandt dahin führen, jegliche Reparationspolitik zu zerstören. Durch diese einschränkenden Schutzmaßnahmen könnten die Transferrationen so schwierig werden, daß man Deutschland würde erlauben müssen, in seinen Anstrengungen nachzulassen. Die Ententestaaten sollten sich nicht länger lassen, daß Nationen, die nicht vor den feindlichen Geschützen zittern, unfähig sind, ihren eigenen Schwierigkeiten ins Gesicht zu sehen. Nach einer anderen Meldung führte Stamp weiter aus, daß nach Zusammenbruch des Dawesgutachten Amerikas auch die Hoffnung auf Zahlung der alliierten Kriegsschulden aufgeben müßte. Der wahre Hinderungsgrund für die Lösung der Reparationsfrage wie auch für die Zahlung der interalliierten Kriegsschulden sei die amerikanische Schutzpolitik.

So sehr der Dawesplan eine absolute politische Notwendigkeit war, so selbstverständlich mußten diese seine wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet werden. Daß sie eine so rückwärtslose Kritik von Entente-seite erfahren, ist von Deutschland zu begrüßen. Sie rechtfertigen die Erwartung, daß die bisherige Reparations- und Handelspolitik der Entente eines Tages an ihren eigenen Widersprüchen scheitern muß. Um so nachdrücklicher wird die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie gerechtfertigt, die, bevor noch die eigentlichen Zahlungen auf Grund des Dawesvertrages begonnen haben, diese Wendung der öffentlichen Meinung der Entente gegenüber zugunsten Deutschlands möglich gemacht hat.

Den eigentlichen Nachdruck erhalten die Brüsseler Angriffe, die nicht die politische Bedeutung des Dawesplans, sondern die Reparationszahlungen überhaupt treffen, aber erst durch die Begründung Sir Stamps, daß die Schutzpolitik der Nationen mit den Reparationszahlungen auch jede wieder aufbauende Zusammenarbeit der Nationen auf die Dauer unmöglich mache. Sein Hinweis auf Amerika ist natürlich zunächst aus dem engeren Gesichtswinkel der englischen Interessen erfolgt. Er gilt aber ebenso und noch stärker für uns, da gerade von Deutschlands Initiative sehr viel abhängt. Die Annahme der Zollvorlage durch den Reichstag müßte, da sie direkt die der Entente verpfändeten Zoll-einnahmen erhöhen und unter schwerster Schädigung der volks- und volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands die schwierige Lage der Industrien in der ganzen Welt verschärfen muß, die doppelte Wirkung haben, daß einerseits die Leistungsfähigkeit Deutschlands fälschlicherweise bedeutend erhöht erscheint, und daß andererseits die finanziellen Erwartungen der Gläubigerstaaten den Ausgleich der industriellen Interessen der Völker verhindern.

Der internationale Eisenvertrag. Die Einzelheiten des Abkommens.

Paris, 24. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch morgen sind die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Industrie materiell und formell zum Abschluß gebracht worden. In den Verhandlungen waren auf deutscher Seite neben Bruha und Aldinger auch Fritz Thyssen beteiligt. Die französische Industrie wurde hauptsächlich durch die Wendel und Pignat vertreten.

Der Vertrag gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil regelt die französischen Einfuhrquoten. Die Gesamtmenge der Eiseneinfuhr nach Deutschland beträgt 1,7 Millionen Tonnen pro Jahr, wie ja schon bereits gemeldet wurde. Auch bezüglich der Lieferungs-länder (Frankreich, Luxemburg und das Saarrevier) verbleibt es bei der Regelung, die bereits publiziert worden ist. Auf das Saarrevier entfällt pro Jahr ein Kontingent von 800 000 Tonnen.

Der zweite Teil enthält die Regelung der Marktfrage. Deutschland und Frankreich bleiben in ihrem eigenen Lande, abgesehen von der Regelung der französischen Kontingente, völlig souverän. Hier sind, ähnlich wie im Kohlevertrag, Bestimmungen über die Produktionskontingentierung bzw. Reueinlagen eingeführt worden. Soweit der Auslandsmarkt in Frage kommt, sind gemeinsame Verkaufsindikatoren vorgesehen. Die einlaufenden Eingänge werden in der Verkaufszentrale gemeinsam bearbeitet. Die Verteilung geschieht nach einem Schlüssel, der noch näher festzulegen ist.

Der dritte Teil enthält die Regelung über das vorgesehene Produktionsindikatoren. Wesentlich sind hier Vereinbarungen über langfristige Kohle-, Koks- und Eisenerzlieferungsverträge. Teilweise sind in bezug auf die Rohstofflieferungen Austauschlieferungsverträge, deren Regelung noch erfolgen muß, vorgesehen. — Finanziell enthält die Vereinbarung grundsätzliche Bestimmungen über den Austausch von Kapitalbeteiligungen.

Der Vertrag ist ohne weiteres als die Grundlage des kommenden Eisentrustes anzusehen. In informierten Kreisen wird weiter mit der bevorstehenden Gründung eines chemischen Syndikats gerechnet. Die deutsch-französische Industrie wäre damit also in ihren wesentlichen Bestandteilen in drei großen Syndikaten, dem Eisentrust, dem Kohlsyndikat und dem chemischen Trust, vereinigt. Man erwartet für den Eisentrust und den chemischen Trust eine gewisse Autorisierung durch den Staat, wie sie auch auf französischer Seite beim Kohlsyndikat erfolgt ist. Die Pläne scheinen hier nach der Richtung hin zu gehen, daß die deutsche und die französische Republik für 30 Jahre Garantie für den Bestand der gebildeten Syndikate übernehmen sollen.

Die Bergbaukrise im Ruhrrevier.

Die Wirtschaftskrise im Ruhrrevier nimmt immer größeren Umfang an. Eine Woche nach der anderen wird stillgelegt, jeden Tag vermehrt sich das Heer der arbeitslosen Bergarbeiter. Bis zum Jahresabschluss will man 60 000 bis 80 000 Bergknappen entlassen. Von 270 Zechen wurden bisher 35 ganz und 80 teilweise stillgelegt. Das hat natürlich zur Folge, daß z. B. vom Februar bis Mai allein auf den Staatszechen infolge der schlechten Entlohnung nicht weniger als 1700 Bergleute, in der Zeit vom März bis April im Ruhrgebiet überhaupt 10 000 Bergarbeiter freiwillig in andere Berufe übergetreten sind. Ganze Bergarbeitergemeinden an der Ruhr veröden und verelenden. Im Kreis Hörde sahen früher 15 000 Bergleute, heute sind es nur noch 7000, im Hattinger Revier ist ihre Zahl nur 14 000 auf 8000 gesunken, im Wittener Revier sind von 15 000 nur noch 9000 übrig geblieben und in der Gemeinde Staden-Dahlhausen gibt es von 4900 Bergarbeitern nur noch 1850. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung sind für die nächste Zeit folgende Entlassungen vorgesehen: Thyssen 3000 Mann, Reumann 500, Uferer 1100, Staatszechen 2000, Raßen 1600, Graf Blumenthal 850, Freie Vogel und Unterhoffs 1100, Admiral 300, Herbeder Steinlohnbergwerke 900. Unter diesen Zechen befinden sich Betriebe, die in den besten Bergbaubezirken des Ruhrgebietes liegen. Welche Politik von den Zechenverwaltungen betrieben wird, mag die Tatsache zeigen, daß die zum Voithinger Konzern gehörige Zeche König Ludwig die äußerst ungünstig und unrentabel fundierte Zeche Trappe aufkaufte, während der gleiche Konzern vier andere Zechen stilllegte. Es handelt sich hier um ein Manöver, das darauf hinausläuft, die nach dem Spindelsatzvertrag vorgesehene Abzäquante zu übernehmen und dann den Betrieb ebenfalls wieder stillzulegen. Der Voithinger Konzern will also an dieser Stilllegung verdienen.

Dieses Beispiel zeigt den Charakter der Unternehmerpolitik. Das Risiko wird vollständig auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Kuherordenmäßig zu belagern ist, daß keine behördlichen Maßnahmen die Grubenherren daran hindern, ihre Sanierung auf Kosten der Arbeiter vorzunehmen. Neben dem Verlust ungeheurer Bodenschätze für die Volksgemeinschaft werden noch hunderttausende der kostbarsten Arbeitskräfte verschwendet und nutzlos vermisst.

Zollvorlage und Kammgarnindustrie. Der Stöhr-Konzern.

In der Textilindustrie und auf dem engeren Gebiet der Wollindustrie ist der Stöhr-Konzern eins der aktivsten und zweifellos das interessanteste Konzerngebilde. In der Vorkriegszeit schon von bedeutender Ausdehnung (Eigenkapital 12 Millionen und 4 Millionen Reserven), war sein Konzerncharakter damals noch wesentlich horizontal. Seine damals 11,07 Millionen Wertpapiere und Beteiligungen griffen nicht über das Gebiet der Kammgarnspinnerei hinaus, wenn auch seine amerikanische Gründung, die Botany Worsted Mills, deren Beteiligungswert 1913 mit 8,3 von den 11,07 Millionen die wichtigste der Beteiligungen war, den starken Ausdehnungsdrang des Stöhr-Konzerns schon damals bewies. In der gleichen Richtung wies auch die Beteiligung am Amsterdamsch Wol Syndicaat in Amsterdam seit 1921. Ganz anderer Art ist die seit 1922 durchgeführte vertikale Kombination, die mit der Interessengemeinschaft mit der Elberfelder Textilwerke A. G. (Etag) begann und die konzernmäßige Angliederung eines Großabnehmers für die Kernergzeugnisse der Kammgarnspinnerei bedeutete. Der Gründung eines Interessengemeinschaftsorgans, der A. G. für deutsche Kammgarnzeugnisse, um die sich zahlreiche mehr oder weniger abhängige Unternehmungen gruppieren, folgten seit Anfang 1924 Beteiligungen der Stöhr-Etag-Gruppe an der Berlin-Streichgarn A. G. Berlin (zusammengeschlossene Tuchfabriken) und an der Betriebsgemeinschaft erster Konfektionshäuser Leipzigs (Edders-Konzern). Damit war die starke horizontale Kombination mit direktem Rohstoffeinkauf zur vertikalen Kombination vom Rohstoffeinkauf der Garnspinnereien bis zum Absatz der fertigen Stoffe und Anzüge ausgewachsen. Wie stark der Stöhr-Etag-Konzern sich fühlte, geht daraus hervor, daß in New York die Stöhr und Sons gegründet wurde (die gemeinsam mit der Stöhr-Etag-Gruppe 50 Proz. der Botany Consolidated Mills kontrollierte), obwohl die Forderungen an den amerikanischen Zwangsverwalter aus dem Botany Worsted Mills im Betrage von 5 Millionen Dollar oder 20 Millionen Mark bis heute noch nicht freigegeben sind. Nach neuesten Mitteilungen haben sich die Auslandsinteressen der Stöhr-Etag-Gruppe noch auf die A. G. für Textilunternehmungen Amsterdam erweitert.

Wie weit die Stöhr-Etag-Gruppe auch zu jenen vertikalen Inflationskonzernen gehört, die abgebaut werden müssen, um sich finanziell halten zu können und schließlich trotzdem in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalgeber kommen, läßt sich heute noch nicht übersehen. Interessant ist jedenfalls, daß sich schon im Jahre 1924 die Ausdehnung in die Konfektionsbranche und die Tuchfabrikation nicht halten ließ, weil der Konkurrenzkampf die Interessengemeinschaft mit den Konfektionshäusern sprengte und auch die Tuchfabriken bei der sinkenden Tendenz der Garnpreise an der Konzernverbindung kein besonderes Interesse zu haben brauchten. Ob der 2-Millionen-Dollar-Kredit, den die bis jetzt von dem Stöhr-Etag-Konzern und der Stöhr und Sons New York kontrollierten Botany Consolidated Mills befragt haben, nicht schließlich zur Umkehrung des Herrschaftsverhältnisses führen wird, hängt davon ab, ob die Kreditnehmer die 2 Millionen Dollar bis 1929 zurückzahlen können, was wohl wieder erst möglich sein wird, wenn der amerikanische Zwangsverwalter die 5-Millionen-Dollar-Forderung freigibt. Jedenfalls liegt das dem amerikanischen Kreditgeber eingeräumte Recht, einen bedeutenden Bruchteil des Stöhr-Etag-Konzernkapitals bis 1929 zu erwerben, auf dem Wege zu dieser Umkehrung.

Unter diesen Umständen gewinnen die Gründungsbilanz zum 1. Januar 1924 und die Schlussbilanz für 1924 der Muttergesellschaft Stöhr u. Co., die gleichzeitig veröffentlicht worden sind, besondere Bedeutung. Krieg und Inflation sind glänzend überstanden, das ist der erste Eindruck. Obwohl die 5-Millionen-Dollar-Forderung, auf deren Freigabe stark gerechnet wird, in den Beteiligungen und Wertpapieren der Goldbilanz noch nicht enthalten sind, ist der Posten doch noch um 2 1/2 Millionen höher (13,65 gegen 11,07 Millionen 1913) als 1913. Trotz der starken Ausdehnung des Betriebs- und Geschäftsumfanges gegenüber 1913 (Forderungen, Wechsel und Kasse verdoppelt bzw. verdreifacht), sind die Fabrikanlagen in der Gold- und Abschlußbilanz um fast 40 Proz. niedriger bewertet (5,0 bzw. 5,6 Millionen gegenüber 8,6 Millionen 1913). Die Rohstoff- und Warenbestände sind trotz der auch heute noch mindestens 70proz. Wertsteigerung in der Goldbilanz mit 50 Proz. und in der Abschlußbilanz auch immer noch niedriger als 1913 eingesezt. Dem entspricht auch die verhältnismäßig geringe Erhöhung des Godkapitals und der Reserven auf 17,62 und 3,5 Millionen gegenüber 12,0 und 4,4 Millionen 1913. Die Bilanzierung ist also sehr vorichtig zu nennen. Eine noch so günstig und vorzüglich aufgemachte Bilanz bedeutet allerdings wenig für das Schicksal des Stöhr-Konzerns, wenn die Konjunktur sich ungünstig entwickelt und dadurch alle Berechnungen und selbst alle stillen Reserven wertlos macht.

In dieser Richtung sieht es allerdings weniger günstig aus. Wichtiger als die 6 Proz. Dividende, die Stöhr für 1924 verteilt, ist die Marktfrage und sind die Marktansichten, über die sich auch der Geschäftsbericht sehr wenig optimistisch äußert. Nur sind mit aller Bestimmtheit nicht der „mangelnde Schutz“

und die für den ersten Einfuhrjahre fehlende Umsatzbesteuerung daran schuld. Eher schon die hohen Zinsätze und die allgemeine Kapital- und Kreditkrise. Entscheidend sind aber die mächtigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen seit 1913 und besonders deren innere Gründe, die durch die geplante Verdoppelung bis Verdreifachung der Garnsätze keineswegs beseitigt werden können. Was die Umkehr des Ausfuhrüberschusses der Vorkriegszeit mit monatlich 600 000 Kilogramm in einen Einfuhrüberschuß mit monatlich 440 000 Kilogramm anbelangt, so ist dieser trotz des Wegfalls der zollfreien Einfuhr Frankreichs im Jahre 1925 nach der eigenen Feststellung des Geschäftsberichts ja nicht gesunken, sondern auf 758 000 Kilogramm gestiegen. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit der Schluss, daß die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Garne im Inland und im Ausland auf die absolute produktions-technische Ueberlegenheit der Auslandskonkurrenz, keinesfalls auf ungenügenden Zollschutz und ähnliches zurückzuführen ist.

Diese Konkurrenzunfähigkeit mußte sich natürlich, als die Preise für Rohwolle so erheblich sanken (1925 um 30—40 Proz.), noch bedeutend verschärfen. Es ist daher vollständig abwegig, wenn die Begründung der Zollvorlage die Garnsätze deshalb einführen will, weil die deutschen Kammgarnspinnereien den deutschen Markt selbst versorgen könnten und weil der Schutz der Kammgarnspinnereien eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei. Den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten könnte vielmehr nicht anders gedacht werden, als wenn die deutschen Spinnereien in der scharfen Luft der Auslandskonkurrenz ihre Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen müßten, statt daß aus den Zöllen eine Bequemlichkeitsprämie wird, die die Verbesserung und Verbilligung der Produktion verhindert.

Aus der Petroleumindustrie. Die Generalversammlung der Deutschen Petroleum A. G. und der Rütgerswerke wurde von dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Direktor der Deutschen Bank, Dr. v. Stauff, dazu benützt, um ein ausführliches Bild der Wirtschaftslage und der Lage der beiden Gesellschaften insbesondere zu geben. Interessant waren besonders die Darlegungen in der Versammlung der Rütgers-Werte über die Steuern. Es ist — so führte Herr v. Stauff aus — schon in der Presse darauf hingewiesen worden, daß die Gesellschaft 90 Proz. ihrer Ueberschüsse an Steuern hat abzuführen müssen. In den Vorkriegsjahren hat die Gesellschaft selbst in den Jahren, in denen sie die höchsten Steuern zu bezahlen hatte, 20 Proz. an Steuern abgeführt, im Durchschnitt aber nur 10 Proz. an Steuern im Verhältnis zum Ueberschuß. Die Gesellschaft hat aus den Erträgen 4 Millionen für Verbesserung der Betriebseinrichtungen vermerkt. Sie beabsichtigt im laufenden Jahre 5 Millionen für diese Zwecke in Anwendung zu bringen. Sie will dabei nicht einmal die ausstehende Einzahlung auf die Kapitalserhöhung von 18 Millionen in Anspruch nehmen. Der Umsatz im laufenden Jahre hat sich sehr stark erhöht. Obwohl die Preise niedriger sind als im Vorkriegsjahre, hat die Gesellschaft dem Werte nach 20 Proz. mehr, der Menge nach 30 Proz. mehr als im Vorjahre umgesetzt. Dadurch haben sich, weil die Zahlungsansprüche bekanntlich sehr langfristige sind, die Außenstände um 40 Proz. erhöht, und es hat auch eine entsprechende Erhöhung der Warenbestände stattgefunden. Trotzdem ist es der Gesellschaft gelungen, ihre Bankschuld um 2 Millionen zu verringern, eine außerordentliche wirtschaftliche Leistung, wie der Vorsitzende selbst ausführte. Und nun vergleicht man damit die Kritik an den „zu hohen Steuern“. Die Gesellschaft hat einen Rohüberschuß von 4 309 681 M. ausgewiesen, hat 4 Millionen für Betriebsverbesserungen vermerkt, um 2 Millionen ihre Bankschulden verringert. Damit erhöht sich der Ueberschuß auf 10 309 681 M., rund 10 Millionen Mark. An Steuern hat die Gesellschaft rund 3 Millionen Mark gezahlt, das sind aber nicht 90 Proz. des Ertrages, sondern nur 30 Proz., wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sie die Umsatzsteuer zum größten Teil auf die Abnehmer ihrer Produkte abwälzen in der Lage war. Die Gesellschaft bestätigt das selbst, indem sie erklärt, daß sie die Preise bei einem Erlaß der Steuer nicht hätte zu senken brauchen! Auch bei der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft hat also das Handelsgeschäft trotz vieler ungünstiger Momente, die ja bekannt sind, mit Ueberschuß abgeschlossen. Die Gesellschaft nimmt in neuerer Zeit wieder einen planmäßigen Ausbau ihrer Produktionsstätten vor, und zwar aus dem Ertrage. Sie sucht ferner solche Produktionsstätten abzubauen, deren Ausbau große Mittel erfordert und die erst in ziemlich später Zeit Ertrag verheßen. Sie hat aus diesem Grunde das Braunkohlenwerk Berzdorf verkauft und die Bar-einnahme aus diesem Verkauf zur Verringerung der Bankschuld verwendet.

Bank für Textilindustrie. In ihrem Geschäftsbericht führt die Verwaltung dieses vom Blumenstein-Konzern gehörigen Unternehmens aus, daß der Abgang der Erzeugnisse durch die Steigerung der Rohstoffpreise, vor allem aber dadurch beeinträchtigt wurde, daß die Kaufkraft im Inlande infolge der durch die Stabilisierung hervorgerufenen Umstellung stark beschränkt war. Hinzu kam, daß auch der Zwischenhandel und die weiterverarbeitende Industrie durch die allgemein vorhandene Knappheit an Betriebsmitteln und die hiermit verbundenen unregelmäßigen, teilweise schleppenden Eingänge der Außenstände in ihren Dispositionen beeinträchtigt wurde. Es war nicht immer leicht, den an die Banken infolge dieser Schwankungen gestellten finanziellen Anforderungen gerecht zu werden. Die Beschäftigung kann als normal bezeichnet werden. Jedoch wird aus den Kreisen der Industrie über die Schwere der Steuern und sozialen Lasten geklagt, die in ihrem jetzigen Umfang auf die Dauer untragbar geworden sind und die zur Folge haben, daß die Preise sich verteuern, wodurch die Absatzmöglichkeit infolge vermindelter Kaufkraft sich verringert. Ebenso sind die geschädigten Umstände nicht ohne nachteiligen Einfluß auf den Export. Interessant an diesen Darlegungen ist die Anerkennung, daß die Verminderung des Absatzes zu einem wesentlichen Teil auf die Beschränkung der Kaufkraft im Inlande zurückzuführen ist. Man müßte logischerweise annehmen, daß Industrie und Handel, die schon wegen des Exportes an einem starken Umsatz im Inlande interessiert sind, alles daransehen würden, um die Inlandskaufkraft zu vergrößern. Man vergleiche damit die Politik, die Industrie und Handel als Arbeitgeber treiben. Wenn auch anzuerkennen ist, daß manche Steuern sehr erheblich zur Verteuerung der Produktion beitragen, so muß doch auf der anderen Seite berücksichtigt werden, daß durch die niedrigen Löhne, die besonders in der Textilindustrie gezahlt werden, hier für das Kapital ein Ausgleich geschaffen wird. Von den unbefangenen Kennern der Textilindustrie wird immer wieder hervorgehoben, daß die Betriebe dieses Gewerbezweiges sehr stark rückständig sind und daß dieser Umstand sehr wesentlich unsere Wettbewerbsfähigkeit vermindert. Nach dieser Richtung hin müßte die Industrie arbeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Zölle, die von der Verwaltung der Bank sogar als gerechtfertigt hingestellt werden, können hier nichts nützen, sondern nur schaden, weil sie gerade dazu beitragen, die rückständige Produktionsweise der Industrie zu verewigen.

Abbau und Zentralisation im Stinneskonzern. Wie gemeldet wird hat der Stinneskonzern in den letzten Wochen auch sein Aktienpaket von 6 Millionen am Barmer Bankverein abgebaut. 3 Millionen sind durch Vermittlung des Barmer Bankvereins verkauft worden. Die restlichen 3 Millionen sind dem Barmer Bankverein für seine 2 1/2-Millionen-Forderung an den Stinneskonzern verpfändet. (Zu dieser Deduktion, die bei einem Goldkurs von 63 Proz. der Barmer Bankvereinsaktien ungenügend wäre, tritt der Anteil der Effektenhinterlegungen des Stinneskonzerns bei der Stützungsgruppe, der auch der Barmer Bankverein angehört.) Der Stinneskonzern soll außer diesem Abbau der Beteiligung auch zu einer Konzentration seiner Eiseninteressen geschritten sein, die von der Firma Stinnes Eisen A. G., Mühlheim a. d. Ruhr hauptsächlich vertreten werden.

Die Stadt mit dem Januskopf.

Von Richard Kainer.

Belagte Rauchwolken schweben vom Bahnhöfen über das in natten, ruhigen Stille dahnstehende breite Band der Saale. Eine Brücke führt in flachem Bogen über den Fluß; glatte, schlichte Steineinfassung, eine Kothelfertapelle inmitten, mit der Statue irgendeiner bewehrten Heiligen, die einen Delfin bezwingt. Die lastigen Kaitberge, mit spärlichem Kammwuchs und kahlen besäunten Hängen ordnen sich in gefälligem Rund: Jena. Ehemals raute man hier Wein — mer die Chroniken nachliest, verzieht noch heute das Gesicht. Doch das lachende Obst, das heute auf diesen Hängen gedeiht, verschucht jede saure Erinnerung. In dem Refekt, dessen verhängnisvolle Neuhäufigkeit mit dem von Sedan die Geschichte tragend genug erwiesen hat, häuft sich die Stadt. Die Häuser rängen sich im Gewirr verschlungener Gassen und Gäßchen, Schlupfwinkeln der Nachtwächterromantik, sie stehen wohlgeordnet in trummer Ordnung in den Vorstädten, reglos klettern sie, wie eine aufgelöste stehende Truppe, hier und dort einen Berggang hinan; in lauslicher Gruppeneinfachheit schmiegen sie sich in den Seitentälern.

Wenn in den nächsten Tagen die Abgesandten der 200 Freien Volkshöhen Deutschlands hier zusammenkommen werden, um auf dem schwierigen Wege zu einer neuen Theaterkultur neue Schritte zu finden, so werden sie neben den Anregungen aus dem gemeinsamen Werke soziale Eindrücke von dem nicht ohne Bedacht ausgewählten Orte der diesjährigen Volksbühnentagung mit sich nehmen, die einigen Anspruch auf ausschließliche Eigenart erheben dürfen.

Das soziologische Gesicht dieser Stadt bietet sich dem Fremden in einem frappanten Kontrast von leistungsfähiger Arbeit, hinter dem alle Einprägung, Rudimente, Zwischenglieder in Wesenlosigkeit zerfallen. Da ist das Zeichwerk, ein mächtiger Komplex von Luftigen Glas- und Betonwärfeln in der monumentalen, bekenntnisvollen Zweckmäßigkeit eines Doms des Fleisches, fast Bauhaus (mit sanften Rundungen in den Winkeln, wie ein Juristenschreden vor der letzten Forderung tanquenter Sachlichkeit). Hier ist das Reich der feingliedrigen Hand, des süßenden Sinnes, der hundertfach gestuften Präzisionsarbeit, an der sich ein beherrschter Individualitäts- und Klassenbewußter, besonnen-aufrechter Arbeiterstamm geschildert hat. Er ist es, der dem sozialen Leben dieser Zweckstadt zur guten Hälfte ein einheitliches, achtunggebietendes Gepräge gibt. Ein Gepräge der auf Kollektivleistung begründeten Kollektivforderung. Die politische Front der Arbeiterbewegung des kleinen Landes hat hier — und nicht in dem isolierten, bürgerlich-fürigen Weimar — ihr Zentrum. Die führenden Arbeiterzeitungen des Landes erscheinen hier, eine Anzahl der parlamentarischen Führer hat hier ihren Wohnsitz; ein reges, an Sensation reiches Versammlungsleben entfaltet sich.

Der fehlende Anteil an dem äußeren Bilde, das andere Gesicht der Stadt, die Rehrseite des Januskopfes wird in den fesselnden Zügen bestimmt durch die Universität. In Jena, der Heimat der Buchenromantik, bedeutet das zunächst: Wägen in allen Formen, vom grotesk-ästhetischen Zerkowstapfen bis zur bedrohlichen Eleganz des Stürmers, Bänder in allen Farben der Kullinchemie (Kuanzen, Kuanzen!). Doch so gemessen und unentwertet auch die äußere Haltung dieser Jugend ist, so weht sie doch eine Ahnung der atavistischen Grimasse an, in die sie sich im Laufe der Zeiten ihr fortgesetzter Kommerz verarzt hat. Stumm und betont höflich weichen sie überall aus. Unsicherheit, verschämt hinter korrekter Abweisung.

Der Schleier der seligen Genuß- und Mensurangefessenheit ist arg geritzt und hat den nächtlichen Blick auf den sozialen Zweckcharakter des Wissensbetriebes offengelesen: Der Ort der gebildeten und vermittelten Intelligenz, die Produktionsstätte der organisatorischen und hochqualifizierten Fähigkeiten im Prozeß des gesellschaftlichen Lebens, die geistige Kammern der herrschenden Schicht, das Arsenal der Bevoormachtung. Und selten klar liegt hier zutage, wie diese Ordnung genährt und gestützt wird durch die schaffende Arbeit: Die zahllosen reichen Institute für alle Zweiggebiete der Naturwissenschaften, die Stadt der Kliniken, der Universitätsneubau selbst mit seinen gotischen und romantischen Stilankängen: sie wurden errichtet und werden unterhalten zu einem großen Teile aus dem Rehrwert der Zeihunternehmungen. So dient dieser industrielle Musterbetrieb, mit seinen Ansätzen zur Betriebsdemokratie, „ein Kapitalist ohne Fleisch und Bein“, wie der Gründer Abbe einmal in bildhafter Wortspiel seinen Uebergangscharakter ausdrückte, zwangsläufig zur Alimentierung der gegenwärtigen Sozialordnung (unter dem ideologischen Deckmantel der Unterstützung der „absoluten“ Wissenschaft). Wird die Zeih-Stiftung, die

ben anfolgenden Rehrwert der Betriebe unangefastet dem „gemeinen Nutzen“ zuleitet, diese Zusammenhänge begreifen? Wird sie verstehen, daß es für das Gemeinwohl, nicht sowohl auf die Höhe des gesellschaftlichen Wissens ankommt, als vielmehr darauf, welche Klasse dieses Wissen beherrscht und anwendet? Wird sie, um aus dieser Kritik die sozialpolitische Anwendung zu ziehen, bald eine Rente auswerfen, die hundert Arbeiterjöhnen den Besuch der Schulen und der Unioersität ermöglicht? Oder, was besser wäre — den ökonomischen Grundstein zur Errichtung der ersten Arbeiterunioersität in Deutschland legen. — statt wieder einmal irgendein Spezialinstitut zu subventionieren?

Schleudert man durch den Stadtkern, so wehen hier und dort bunte Fähnchen vor den Augen; man gewahrt esumrannte Lärmen mit Miniaturginnen, romaneste und pseudogotische Sandstein-



„Ha, ha, ha! — und ich dachte, sie wollten mich überhaupt abschaffen!“

burgen mit vornehmer Heraklit: Die Verbindungshäuser. Zu Tal gestiegene Ritterromantik. Die Vorbilder dieser Burgen ragten einstmals auf den Bergen ringsum. Nächstens zuweilen, so um Neujahr und Walpurgis, sind auf dem Wartplatz die Geister losgelassen. Dann springen sie durchs Fenster, verkümmern Kopf und Handbetten, gießen dem feinsten Aurfürsten Wägenhainer Labe ins gönnerhafte Buchsengesicht: Spukhafte Schemen, außerstanden aus einer zurückliegenden Epoche echten Buchenromantis, da die atavistische Jugend noch der Jungboern eines revolutionären, auf Entfaltung drängenden Bürgeralters war.

Hinter dem Justizpalast, der das Thüringer Oberlandesgericht beherbergt, beginnt hügelanfliegend das Wohnviertel des gesicherten Mittelsstandes, eines ökonomischen und privaten Beamtentums geistiger Berufe. In seinem architektonischen Bild manifestiert sich in grotesker Weise die individualistische Lebensanschauung dieser Schicht. Sinnige Sprüche wispeln aus allen heimlichen Winkeln dieser Wäufelaläste, verkleinerte Schnüchle nach einem großbourgeoisigen Herrentum: „Mein Heim, meine Welt“. „Wie mir's gefällt“. Effektivitätliches Stil-Tohumabohu aus den Architekturen aller Wäler und Zeiten. Ein Tudor-Landsitz in miniature — wie ein Riesenspielzeug. Ein Barockschloßchen mit Gipsgeschweif. Eine Wartburgtemenale (Bouhoir der Frau Professor) mit einem Kinderbergfried (Arbeitszimmers des Herrn Professor). Ein wild-

westliches Blockhaus. Daneben ein romantischer Aretin aus Sandstein mit aufeisernem Balken. Alles in allem: Eine steinerne Disharmonie der Riechlichkeiten, Auswurf eines sich selbst verhöhrenden Individualismus, der sich nervös an die ideologischen Verbrämungen eines Familienlebens klammert, der aus der Welt sozialer und ökonomischer Wirklichkeiten längst gewichen ist.

Doch drüben, in der sanft ansteigenden Talhalle, hat die soziale Bauhütte Jena eine Heimstättenkolonie errichtet. Hier ist Gebundenheit, Gefüge, Verpflegung, Klarheit. Gewalt einer einheitlichen und freudigen Linie. Hoffnungsvoller Anlauf zu einer neuen genossenschaftlichen Baukunst, die die Seele des Bauwerks der Seele der Landschaft verschmilzt, aber aber in gewolltem Kontrast gegenübersteht. Ein anderes muß ich noch erwähnen: den neuen Theaterbau. Ein Speicher des Wortes von befreiender Schlichtheit, Gropius, des Meisters, Schöpfung.

Hier wie dort, in Werk und Lehrgebäuden, Maulwurfswohnviertel und Heimstättenkolonie die beiden scharf ausgeprägten sozialen Kontrastphysiognomien der Stadt mit dem Januskopf.

Deckpassagiere.

Von Swan Heilbut.

Heute habe ich einem älteren, beleibten Herrn das Leben gerettet. Das ist ein gutes Gefühl.

Wir beide saßen oben auf Deck auf dem Omnibus. Er beschäftigte sich mit Zigarrenrauchen und Zeitunglesen, und ich — zu meinem Heil — beobachtete ihn dabei. Wir waren die einzigen Deckpassagiere.

Kurz vor der Unterführung in Alt-Moabit kommt regelmäßig der Omnibuskapitän aus der Kajüte heraufgelaufen, er haut dann dreimal gegen ein Blechschild an der Seitenwand und ruft: Sitten bleiben! Dieser Ruf geht im Rattergeräusch des Rotors verloren. Es ist aber auch gleichgültig! Denn wenn er wirklich vernünftig wäre, so würden alle Passagiere von den Bänken aufspringen (nun gerade!) nur aus Widerpruchsgeist. Nun, da die Aufforderung also unverständlich bleibt, fängt sich der normale Autobusreisende demogen, auf das Bummeln gegen das Blech reagierend, aufzuspringen: Ist irgendein Unglück geschehen? Oder: Ist hier Entlastung? — Endlich bleibt sie erwähnen, daß der Kapitän kaum zehn Zehntelsekunden, bevor das Fahrzeug unter den Betonbau gelangt, mit dem Bummeln beginnt, so daß niemand, den die Warnung in der Tat erreichen sollte, noch Zeit fände, seinen Entschluß zu ändern.

Er muß, wie gesagt, aus Humanität, aus Sport oder aus Spott seine Mitreisenden auf diesem gefährlichen Abschnitt des Weges ein wenig belehren! —

Es bunte. Mein Nachbar aus der Provinz fuhr auf, indem er die Zeitung zusammenschlug. Aber schon hatte ich ihn an der Schulter gepackt — und da waren wir denn auch unter der Brücke! Das Entsetzen vor dem Ungeheuerlichen, das seinen Hut und weichen Kragen bedroht hatte, bemächtigte sich so heftig meiner armen Seele, daß er sich tiefer als eine Heune in sich selber duckte . . . und auch das erlöste ihm nicht sicher genug; er streckte sich platt auf die Bank. — Dann, als ich sagte: „Wir sind durch“ zwinkerte er mich in die Höhe. Er zitterte am Leibe, seine Hände stießen die zusammengekrampfte Zeitung fallen. — „Ich habe meinen Kopf schon sozusagen durch die Luft fliegen fühlen.“ sagte er. Dann faßte er mit beiden Händen an seine Ohren. Und als er sich so vergewissert hatte, daß sein Kopf noch immer zwischen ihnen saß, zog er sein Taschentuch hervor und wuschte sich feufzend die Stirn.

Moderne Robinsons. Wie aus Balparaiso gemeldet wird, bemerke der Kapitän eines Segelschiffes, das durch das schmale Bester gezwungen war, in der Nähe der westlichen Ozeaninsel inmitten des Stillen Ozeans unter zu werfen. Signale, die von der Insel gegeben wurden. Er ließ daraufhin ein Boot klar machen, das die Insel anlies und hier die Lieberlebenden des Schöners „Falcon“, der im Mai des Jahres 1924 bei der Osterinsel gescheitert war, antraf. Unter ihnen befand sich auch die Witwe des Kapitäns des untergegangenen Schöners, eines Deutschen, namens Friede, der in einem Augenblick der Verzweiflung über das primitive Robinsonleben auf der einsamen Insel Selbstmord begangen hat. Frau Friede, eine energische Chilein, hielt in den langen Monaten, die dann noch folgten, den Mut ihrer Gefährten aufrecht. Sie war es auch, die zum Bau eines kleinen Bootes aus den Trümmerstücken des gescheiterten Schöners anregte, mit dem versucht werden sollte, die Insel Tahiti zu erreichen. Der gefährliche Versuch ist jetzt durch die unermutete Befreiung der Schiffbrüchigen aus ihrer fast dreizehnmönatigen Verbannung hinfällig geworden.

Der Clown.

Von Hans Hyan.

(Schluß)

Clement ritt gut, aber der Alnanfor hatte heute entschieden seinen schlechten Tag. Wenn er Trab gehen sollte, hielt er Galopp, anstatt den Hinterbeinen trat er vorn auf den Ranegentrand, und sobald sein Reiter ihn mit den Sporen kigelte, machte er Sprünge wie ein Ziegenbock.

Der Alte, der am Ranegeneingang als Stallmeister mit der langen Peitsche stand, wurde freudrot vor Mut. Er langte auch ein paar mal so aus, daß die Schmiege fühlbar den Schenkel des Reiterers traf. Und Clement biß die Zähne aufeinander und klemmte den Alnanfor mit den Schenkeln, daß er hell aufwieberte. . . .

Doch schließlich ging auch diese Nummer zu Ende. Hugo Rossmussen brumte wütend, wie der Schimmel mit prachtoollen Sägen unter der hochgehobenen Zellsteinwand verschwand. . . .

Und nun kam die Winka in einem allerliebsten Jagdkostüm, das unter ihrer eigenen Geschichte Hand entstanden war. Mit einer kleinen Heppreische knallend, improvisierte sie eine Bärenjagd. Ihr reger Geist hatte die gestern zufällig bemerkte Hah zwischen Wurz und den vier Terriern sofort aufgegriffen und eine neue, zugräftige Nummer daraus gestaltet, die besonders von den Kindern mit Jubel aufgenommen wurde. Hernach stand Bey recht schlicht Kopf, die Hunde zeigten ihre Künste, und der kleine braune Kerl erlang selbst noch einen ganz neuen Trick, indem er plötzlich an einem der Zellpfeiler hinaufkletterte, an denen die Gafolinlampen angebracht waren, die das menschenüberfüllte Weinwandhaus mit ihrer flackernden Helle erfüllten.

Aber trotzdem ihn Winka scharf anrief, kam Wurz nicht wieder herunter. Er überwand selbst geschickt die offene Flamme der Lampe und hing wie ein brauner Ball schaukelnd auf dem Querholz des Balkens unter der Zellbede.

Zuerst omisterte sich das Publikum darüber, aber schließlich wollte es doch etwas anderes sehen. Und Winka selbst verging fast vor Angst, des Waters wegen, der sowieso schon böse war, und der nie ein Tier, sondern stets den Menschen für den Mißerfolg einer Nummer verantwortlich machte.

„Da komm' mi wedder!“ drohte der alte Rossmussen und wollte schon selbst hinaus in die Manege, um den Bären herunterzuholen.

Erst sah er sich nach einer Stange um, da fiel sein Auge auf August, der hinter ihm vorbeischießen wollte.

Er trug noch immer das für ihn viel zu weite, sackförmige Beinkleid aus schwarzweiß kariertem Stoff und den roten Grad, dessen Schöße ihm kaum bis an die Kenden reichten. Dazu hatte er jetzt einen alten Strohhut, eine sogenannte Sonnenblume, auf dem Kopf, weil dieser ihm in der heißen Abendluft leicht fror.

Dem Alten kam eine tolle Idee! „Dol!“ — er sagte zu niemand Sie — „do kommst oot mal wat dohn un 'n biktigen Blaaf machen da unten!“

Indem hob er auch schon mit der Linken die Zellbede, packte mit seiner ungeheuren Rechten den langen Menschen wie einen Sad Zappen und schob ihn hinaus in die Manege.

August stand mit herabhängenden Armen, wenige Schritte vom Eingang, humostrill. Er blinzelte und sah mit seinem verlegenen und gerade deshalb so wahnsinnig komischen Gesicht schüchtern um sich.

Das Publikum nahm diese urbumme Pose und ebenso das schredliche Kostüm für Absicht und fing leise an zu lachen.

Indem stieß August, der sich besonders vor Winka schämte und wieder aus der Manege herauswollte, sich umdrehend an einen Pfeiler und sagte:

„Barbon!“

Da erscholl im Publikum eine tobende Raufsalbe. Und August, der noch immer nicht begriff, daß er jetzt eben an einem Wendepunkt seines Daseins angelangt war, sagte fast wütend:

„Sie wünschen?“

Indem schrie hinter der Gardine der alte Rossmussen ganz laut: „August!“

Und dieser, sich hastig umwendend, fragte: „Do?“

Dabei alit aber der nicht passende Strohhut nam Kopfe, er hüdete sich, wobei ihm eine Zigarrenspitze entfiel; er hob die auf und wieder sank der Strohhut in den Sand und kollerte noch hinten.

Das Publikum lachte nicht mehr, es tobte und schrie.

Indem griff eine Hand, die einen Haken hielt, durch die Zelltür. Der Haken faßte den Strohhut und hielt ihn dem Langen hin: der nahm ihn, erst noch zögernd; aber plötzlich begriff er die Situation; er machte dem sich zurückziehenden Haken eine tiefe Verbeugung und sagte: „O, Sie sind sehr liebenswürdig!“

Das schlug dem Fuß den Boden aus! Die Leute fielen fast von den Bänken vor Vergnügen. Und der alte Rossmussen, der wohl einfach, daß seine neueste Attraktion leichtmöglichsterweise in der nächsten Minute auf dem toten Punkt ankommen könne, streckte schon die

Faust durch die Zellspalte, um den Langen an seinem roten Grad wieder aus der Manege zu ziehen.

Aber er griff vorbei. Denn August avancierte!

Berauscht von diesem unerwarteten Erfolg und fortgerissen von seiner Färllichkeit für das schwarzlockige Mädchen, das selber ganz verblüfft, dort drüben noch immer beim Pfeiler stand, stolperte der Halb laut er ihr zu Füßen. Und trieb, die langen Arme mit den viel zu kurzen Kermeln entgegenstreckend, rief er: „Winka! . . . ich liebe dich!“

Wie? . . . Was? . . . Die Leute wußten anfänglich nicht, ob sie recht gehört hatten . . . Gehörte das zum Spiel? . . . oder . . . Aber das Zirkusfräulein wurde ja auf einmal ganz toll! . . .

Indem kam der alte Rossmussen, der mit diesem Abschluß vorläufig noch durchaus nicht einverstanden war, heraus und schrie, zum erstenmal „Sie“ sagend:

„Sä! . . . Dat loten Se man sind! . . . Rin Käfen, dat 's nix for jon dummen August! . . .“

Weiter kam er nicht!

„August . . . August! . . . heulte und tobte das Volk. „Woi!“

woll' er soll ja haben! . . . lol' em doch! . . .“

Und eine ganz hohe sisselnde Diskantstimme quieschte: „August und Winka . . . hoch! . . . hoch! . . . hoch! . . .“

Der Alte hatte rasch überlegt. Das Publikum war sein Gott! . . . Was das Publikum haben will, das soll man tun!

Und schließlich, mit dem heutigen Abend war der „dumme August“ eine Nummer, die man festhalten mußte! Er ging, mit seinen mächtigen Reistiefeln schwer aufstampfend, zu den beiden hin und sagte: „Also ist wullt ent wirklich frigen? . . . Ra, denn man to! . . . Dann gibt eich mon 'n Böten! . . .“

Das ließ sich der dumme August nicht zweimal sagen. Aber ehe er das erglühende Mädchen noch umfassen konnte, flog Winka an ihm vorbei, hinaus aus der Manege.

Und wie das Publikum noch lachend und jubelnd hinter ihr drein rief, kam plötzlich mit einer Rapidität ohnegleichen der braune Wurz die Stange herunter und faufte hinter seiner Herrin her gegen die Zellsteinwand, die wie eine Fahne flatterte. . . .

Trotz aller Anstrengungen konnte der alte Rossmussen, der die nächste Vorstellung für morgen anständig wollte, sich nicht verständlich machen, so lachten die Leute!

Er winkte nur immer und dann, als sie alle drauhen waren, ging er vergnügt vor sich hinträumend hinüber zu seinen Kindern. . .

